

16

54

APRIL 2007

Dokumentation  
des Fachgesprächs  
am 13.03.2006 im  
Marie-Elisabeth-  
Lüders-Haus  
in Berlin

# Nachhaltig für Europa

Revision der EU-Nachhaltigkeitsstrategie

## Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin <a href="http://www.gruene-bundestag.de">www.gruene-bundestag.de</a>
Verantwortlich	Rainer Steenblock MdB Sprecher für Europapolitik Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: <a href="mailto:rainer.steenblock@bundestag.de">rainer.steenblock@bundestag.de</a>
Redaktion	Pia Kohorst, wissenschaftliche Mitarbeiterin Ramuné Koabite, studentische Mitarbeiterin
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: <a href="mailto:versand@gruene-bundestag.de">versand@gruene-bundestag.de</a>
Schutzgebühr	€ 1,-
Redaktionsschluss	April 2007

# Inhalt

## Begrüßung

Winfried Hermann MdB, Sprecher für Verkehrspolitik..... 5

## Europäische Nachhaltigkeitspolitik: nötig und wenn ja für was?

Dr. Günther Bachmann, Leiter der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung..... 6

## Klima, Ressourcen und Verkehr

**Klimawandel und saubere Energien**, Winfried Hermann MdB, Sprecher für Verkehrspolitik..... 8

**Ressourceneffizienz**, Sylvia Kotting-Uhl MdB, Sprecherin für Umweltpolitik..... 11

**Nachhaltiger Verkehr**, Michael Cramer MdEP, Sprecher der Fraktion Grüne/EFA im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr ..... 14

## Gesundheit, Soziales und Entwicklung

**Soziale Ausgrenzung, Demografie und Migration**, Marieluise Beck MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ..... 20

**Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und Entwicklung**, Thilo Hoppe MdB, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses des Bundestages ..... 25

## Podiumsdiskussion

John Hontelez, Generalsekretär EEB Brüssel ..... 29

Dr. Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrates ..... 33  
für Umweltfragen (SRU)..... 33

Barbara Steffner, Vertretung der Europäischen Kommission, Berlin ..... 37

Dr. Thomas Jostmann, European Chemical Industry Council (Cefic) ..... 42

## Schlusswort

Rainer Steenblock MdB, Sprecher für Europapolitik.....46



# Begrüßung

## Winfried Hermann MdB, Sprecher für Verkehrspolitik

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union soll eigentlich ein Kernstück europäischer Politik sein. Die Frage heute lautet: Ist sie tatsächlich so angemessen und zentral angelegt, wie wir das ursprünglich mal gedacht haben? Die Debatte in der EU über Nachhaltigkeit zieht sich ja nun schon einige Zeit hin. Wenn ich zunächst einen kurzen Rückblick geben darf, wann was etabliert und institutionalisiert wurde, auch um zu beurteilen, wo stehen wir heute und wie es weiter gehen soll. Wir haben seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages von 1997 das Ziel der nachhaltigen Entwicklung im EG-Vertrag verankert. Dann folgte 2001 in Göteborg die Verabschiedung einer EU-Nachhaltigkeitsstrategie, die dann bereits 2002 ergänzt wurde. 2004 wurde der Überprüfungsprozess eingeleitet mit einem öffentlichen Konsultationsverfahren. Es sollte eine Bestandsaufnahme vorgenommen werden, in welcher Weise und in welchen Bereichen die Europäische Union wirklich nachhaltig ist und dort heißt es:

„Die Trends in den Schwerpunktbereichen, etwa Klimawandel, öffentliche Gesundheit, Armut, soziale Ausgrenzung, Alterung und Gesellschaft, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Flächennutzung und Verkehr sind eindeutig nicht nachhaltig.“

Ein erstaunlich offenes, kritisches Bekenntnis der Europäischen Union zur eigenen Situation. Im Jahr 2005 hat dann die Kommission ausgehend von dieser kritischen Selbsteinschätzung Leitprinzipien zur nachhaltigen Entwicklung erarbeitet und im Dezember 2005 schließlich die Anforderungen an eine neue, überarbeitete Strategie vorgelegt. Seitdem befinden wir uns in einem Diskussionsprozess und es soll schon in diesem Jahr eine neue, weiterentwickelte EU-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen werden.

Die heutige Debatte kann und soll ein Beitrag dazu sein, wie wir uns in diese europäische Debatte einbringen. Dazu haben wir natürlich einige grundsätzliche Fragen: Ist die Mitteilung der Kommission zur Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung überhaupt eine angemessene Strategie? Sind die Antworten, bezogen auf die verschiedenen prioritären Handlungsfelder, wirklich strategische Antworten? Können mit dieser Strategie die großen Herausforderungen, die die Europäische Union in diesen und in vielen anderen Papieren immer wieder formuliert hat, angemessen bewältigt werden?

## Europäische Nachhaltigkeitspolitik: Nötig und wenn ja, für was?

**Dr. Günther Bachmann, Leiter der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung**

Recht vielen Dank Herr Hermann, Herr Steenblock, Herr Cramer – ich bedanke mich erst einmal für die Gelegenheit, dass sie mir hier das Wort erteilen und ich bedanke mich auch dafür, dass sie überhaupt die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie zum Thema einer solchen Beratung machen. Denn was uns allen fehlt, ist, dass die Nachhaltigkeitsstrategie Europas auch im richtigen politischen Licht gesehen wird. Dazu haben Sie hier jetzt schon einen Beitrag geleistet, allein dadurch, dass die Veranstaltung stattfindet. Ich rede nur wenige Minuten, daher greife ich nur zwei Punkte heraus. Der eine heißt Kritik und der andere heißt Chance.

Kritik ist erforderlich an dem, was wir jetzt von der Kommission vorliegen haben. Denn die Kommission hat eben nicht ein Papier vorgelegt, das die Herausforderungen, die Sie, Herr Hermann, kurz angesprochen haben, wirklich bewältigen könnte. Sie springt zu kurz und bei manchen Themen springt sie gar nicht. Das Papier der Kommission hat Schwächen in der Substanz hinsichtlich Themen und Ziele – dem will ich nicht vorgreifen, das werden Sie mit großem Genuss im Einzelnen diskutieren. Das Papier der Kommission hat aber auch eine Stärke, denn zum ersten Mal wird in einem solchen Kommissionspapier etwas über die Qualität des Prozesses gesagt sowie über Strukturen – in den Kapiteln ganz hinten in der Strategie. Für mich ist wesentlich: **das Kommissionspapier hat Schwächen in der Substanz und eine Stärke im Prozess.** Warum betone ich das so? Ich glaube, dass wir am Ende nur Substanz in den Themen gewinnen, wenn wir den **Prozess stärken.** Ich möchte das besonders betonen, es aus der Sicht gerät, wenn man nur über Energie, Mobilität, Gesundheit und anderes redet.

Meine kurzen Bemerkungen stehen unter der Überschrift, ob eine solche Nachhaltigkeitsstrategie nötig ist und wenn ja, für was. Das Fragezeichen ist ein sehr bewusstes Fragezeichen. Ich beantworte diese Frage mit Ja. Sie ist nötig, weil momentan kein anderer Prozess im Gange ist, dessen Motor die Umweltpolitik ist und der über die reine Umweltpolitik hinausgeht. Es ist so zu sagen ein Dachprozess, innerhalb dessen man den Stellenwert von Umweltpolitik sehr präzise bemessen kann. Es ist, soweit ich das sehe, das einzige Instrument auf Brüsseler Ebene, mit dem man über Instrumente, Konzeptionen und Verbindlichkeit der Politik reden kann, das über das jetzige umweltpolitische Instrumentarium hinausgeht.

Damit bin ich schon fast bei der Chance, aber lassen sie mich noch eins sagen zur Brüsseler Wirklichkeit. Die ist nämlich ein bisschen anders als das, was wir in Deutschland dis-

kutieren. In Deutschland ist allgemein anerkannt, dass Nachhaltigkeit ein übergreifender Prozess ist, der verschiedene Player hat, aber auch in verschiedenen Ministerien behandelt werden muss. In Brüssel überwiegt noch das Denken, das die Nachhaltigkeit zu einem reinen **Umweltthema** erklärt. Diese Perspektive bleibt im Konflikt zwischen Wirtschaft und Umwelt verhaftet, im Brüsseler Jargon: zwischen Lissabon-Strategie und Göteborg-Strategie. Dann ist Nachhaltigkeit „eben nur die ökologische Nachhaltigkeit“ und damit in einer Ecke, aus der sie so leicht nicht mehr herauskommt.

Deswegen ist es aus meiner Sicht dringend erforderlich, dass wir versuchen, die Chance zu nutzen, mit einem politischen Kraftakt die Lissabon-Strategie und die Nachhaltigkeitsstrategie zusammenzubringen und die **Nachhaltigkeitsstrategie** zu dem **übergeordneten Politikelement** zu machen. Das ist der Vorschlag des Nachhaltigkeitsrats, damit konnten wir uns auch bei den europäischen Nachhaltigkeitsräten durchsetzen. Ich weiß, dass unser Ziel ambitioniert ist, aber ich glaube, wir sollten den Versuch wagen. Chancen sehe ich auch darin, dass die österreichische Ratspräsidentschaft offenbar, entschlossen ist, beim Juni-Gipfel zur Beschlussfassung ein Papier vorzulegen, das vom Kommissionsvorschlag abweicht. Das heißt, es wird über Alternativen nachgedacht. Ich hoffe nur, dass das Papier der österreichischen Ratspräsidentschaft nicht schlechter wird als das der Kommission. Das Ganze ist aber nicht nur ein Spiel zwischen Brüssel und Wien. Deutschland spielt eine große Rolle nicht zuletzt deswegen, weil wir im Jahr 2007 die **EU-Ratspräsidentschaft** übernehmen. Dann steht die Überprüfung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie an. Es wäre schön, wenn wir hier gleich mit Blick auf das, was Deutschland in 2007 leisten könnte, miteinander reden. Mein Wunsch wäre, einen Prozess zu starten, der so etwas wie einen **regulativen Wettbewerb** zwischen der EU und den Nationalstaaten mit ihren nationalen Nachhaltigkeitsstrategien aufsetzen würde. Also zu den Chancen:

1. Lissabon und Nachhaltigkeitsstrategie endlich ordnen, weg von der Blockade.
2. Mit der österreichischen Ratspräsidentschaft die Chance zu einer wesentlich ambitionierteren Strategie Europas nutzen.
3. Die Prozessqualität im Auge behalten – auch mit Blick auf die deutsche Ratspräsidentschaft.

Vielen Dank.

# Klima, Ressourcen und Verkehr

## Klimawandel und saubere Energien

### Winfried Hermann MdB, Sprecher für Verkehrspolitik

Ich bearbeite seit einigen Jahren das Thema Nachhaltigkeitsstrategie auf nationaler Ebene und habe zusammen mit anderen Abgeordneten dafür gesorgt, dass wir in der letzten Wahlperiode einen **parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung im Bundestag** eingerichtet haben. Und diese Neuigkeit darf ich ihnen auch erzählen: Es gibt jetzt eine Verständigung zwischen den Oppositionsfraktionen und den beiden Regierungsfraktionen, dass dieser Beirat wieder eingesetzt wird. Wir wollen noch vor Ostern im Bundestag einen Beschluss fassen. Der Beirat soll in seiner Kompetenz erweitert werden und er soll verdoppelt werden, so dass wir einen beachtlichen Zuwachs an Arbeitsfähigkeit im deutschen Parlament haben werden. Das Ziel wird weiterhin sein, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie kritisch zu begleiten, neue Themen zu setzen und zu bearbeiten und sich stärker um die Vernetzung zu den anderen europäischen Ländern und zur EU zu kümmern.

### Beschwörungen des Immergleichen helfen nicht weiter

Ich beginne das Thema Energie mit einem Zitat: „Der Klimawandel ist eine Tatsache, er kann nicht verhindert, aber er kann in akzeptablen Grenzen gehalten und die negativen Folgen können deutlich abgemildert werden. Es handelt sich um ein globales Problem, das nach globalen Lösungen ruft. Verstärkte Anstrengungen sind nötig, um die Emission von Treibhausgasen nicht nur in der EU, sondern auch in anderen, wichtigen Verursacherländern und Schwellenländern zu verringern. Wesentlich ist auch, dass sich die EU auf den Klimawandel einstellt und insbesondere den Entwicklungsländern dabei hilft, sich ebenfalls darauf einzustellen.“

Dieses Zitat ist auf der einen Seite radikal ernüchternd, was die Einsicht anbelangt und zum anderen ist es radikal ernüchternd, was die Konsequenzen anlangt. Es sagt aus, dass die Katastrophe kommt, also lasst uns dafür sorgen, dass wir sie gut überleben. Wenn man bedenkt, dass der erste Abschnitt in der Mitteilung der Kommission zur Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie den Bereich Klimawandel und Energien behandelt, dann sollte dieses Zitat die Überschrift für diese Strategie im Energiebereich sein. Wenn man andere Textstellen auch in den Anhängen liest, dann stellt man immer wieder fest, dass in europäischen Texten und Beschlüssen häufig genug bestimmte Prinzipien und Einsichten betont werden, die der Rat, die Kommission und das Parlament z.T. bereits vor Jahrzehnten beschlossen haben. Katholiken erkennen es als Litanei, wenn immer wieder das Gleiche wiederholt und damit vermittelt wird: „Wir bekennen uns erneut oder wir bitten dich, erhöre uns.“ Was ich wirklich vermisse, ist, dass neben der pausenlosen Wie-

derholung in den Papieren und Konzepten **differenziert** und **präzisiert** wird. Das gilt auch für den Bereich Energie und die Einsicht, dass **dringender Handlungsbedarf im Bereich Klimaschutz** existiert, um die hohe Abhängigkeit vom Öl zu verringern. Solche radikalen Ansätze findet man übrigens an verschiedenen Stellen, an denen sehr deutlich gesagt wird: „Es muss jetzt endlich viel geschehen.“ Wenn man dann in der Strategie nach den konkreten Zielen, Plänen und Maßnahmen nachschaut, ist das, was man darin findet, eher bescheiden. Gemessen an den großen Herausforderungen sind die Strategien unangemessen. Das gilt insbesondere für den Energiebereich, aber auch für die übrigen so genannten prioritären Handlungsfelder.

### **Weg vom Öl braucht eine umfassende Strategie mit klaren Zielen**

Mein erster Kritikpunkt neben diesen allgemeinen ist, dass zwar an verschiedenen Stellen beschworen wird, dass gerade **Energiepolitik** nach einem **ganzheitlichen Ansatz** verlangt. Gerade diesen ganzheitlichen Ansatz vermisste ich jedoch schmerzlich im Bereich Energie. Es ist **Stückwerk** mit Aktionsvorschlägen, Verweisen auf Verordnungen, Anhänge und Richtlinien, die schon verabschiedet wurden. Zweitens fehlen Leitplanken und **Obergrenzen** im Bereich dessen, was die Erdatmosphäre beim Energieverbrauch oder beim Ausstoß von Treibhausgasen erlaubt. Hier fehlen uns konkrete **mittel- und langfristige Zielvorgaben**. Wir brauchen aber Ziele wie 2020, 2050 oder Ende des Jahrhunderts, wie wir sie auch auf nationaler Ebene vorgesehen haben. Die wenigen konkreten Zielvorgaben in den Anhängen werden im Hauptpapier in der Regel nicht mehr präzise benannt wie z.B. die CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020 um 30 Prozent, die im Hauptpapier auf 15 bis 30 Prozent schrumpft. Bei der Energieeffizienz ist von einer möglichen Effizienzsteigerung um 20 Prozent die Rede, aber es gibt keine Angaben, bis wann diese Effizienzsteigerung erreicht werden soll. Ich will nicht bestreiten, dass die EU viele einzelne Maßnahmen als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung ergreift, aber das Zusammenfügen zu einem Ganzen fehlt.

Es gibt auch ein globales Bekenntnis zum großen Potential **erneuerbarer Energien**. Doch ich vermisste klare Ausbauziele. Ebenso vermisste ich klare Aussagen dazu, welche Ziele die Europäische Union im Bereich Forschung setzen will und welche Maßnahmen sie für einzelne Länder ergreifen will. Es wird darauf verwiesen, dass etwa im Bereich der Beimischung von Biokraftstoffen diese und jene Maßnahmen bereits getroffen wurden. Was wir aber erwarten, sind Aussagen dazu, wie und mit welchen Zielvorgaben es in den nächsten fünf oder zehn Jahren weiter gehen soll. Ein konkretes und erreichbares Ziel könnten z.B. 25 Prozent erneuerbare Energien bei den Kraftstoffen bis 2020 sein, aber das suchen wir vergeblich.

Beim Thema **Energieeffizienz** wird in aller Deutlichkeit betont, dass hier das größte **Einsparpotential** liegt. Allerdings ist sprachlich zum Teil nicht sauber geklärt, wann von

Energieeffizienz und wann von realer Einsparung die Rede ist, von Endenergieeffizienz oder von Erzeugungseffizienz. Die Kommissionsmitteilung erweckt nicht den Eindruck, dass die Kommission eine klare Vorstellung davon hat, was an Energie insgesamt eingespart werden soll, in welchen Bereichen eingespart werden soll, an welcher Stelle in der Produktion und beim Verbrauch und in welchem Umfang und mit welchen Methoden eingespart werden soll. Es wird betont, dass gerade die EU in wachsendem Maß abhängig von **Öl- und** Gasimporten ist. Das ist ein bedrohliches Szenario. Daraus wird aber nicht die Konsequenz einer Strategie „Weg vom Öl“ mit bereichsspezifischen Angaben gezogen, was der Energiesektor leisten und was der Verkehrssektor beitragen soll. Stattdessen eröffnet Barroso und seine Kommission eine neue alte Debatte: „Müssten wir nicht mal darüber nachdenken, dass Atomenergie – ganz unvoreingenommen neu debattiert – doch eine kluge Lösung wäre?“ Das ist so zu sagen das „Innovativste“ an diesem Konzept.

### **Die ambitionierten Nachhaltigkeitsziele von 2001 nicht aufgeben**

Ich will nicht sagen, dass alles schlecht ist, was in der Strategie steht. Wir sind zweifellos in den letzten Jahren auf nationaler Ebene durch Anstöße der Europäischen Union auch im Energiesektor weitergekommen, etwa bei der Energie-Richtlinie. Die deutsche Maut würde es ohne die Debatte auf europäischer Ebene nicht geben. Die EU hat in den letzten 15 Jahren viele Anstöße für die Nationalstaaten gegeben. Nicht zuletzt kann die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf diese europäischen Impulse zurückgeführt werden. Trotzdem kann man sich heute des Eindrucks nicht erwehren, dass die EU selbst den eigenen Anforderungen hinterherhinkt. Einige Nationalstaaten, wie Großbritannien, aber auch Deutschland, sind mit ihrer Strategie inzwischen weiter und differenzierter.

**Ich fasse zusammen:** Gemessen an den großen energiepolitischen Herausforderungen bietet dieser Entwurf einer neuen europäischen Strategie deutlich zu wenig. Es ist eine merkwürdige Mischung aus Pragmatismus und Aufgeben von ambitionierten Zielen, während man gleichzeitig hervorhebt, dass wir ambitionierte Ziele bräuchten. Wir erwarten im nächsten halben Jahr eine **detailliertere und differenziertere Analyse** darüber, in welchen Bereichen wir welche Probleme haben. Darüber hinaus brauchen wir **klare, bereichsbezogene, ambitionierte, mittelfristige und langfristige Ziele** und das zusammengefasst in einem wirklich strategischen Ansatz, der die Einzelmaßnahmen bündelt und übergreifend weiterentwickelt. Die EU braucht gerade im Bereich Energiepolitik ein innovatives Feuer – kein atomares, sondern ein innovatives Feuer.

## Ressourceneffizienz

### Sylvia Kotting-Uhl MdB, Sprecherin für Umweltpolitik

Danke für das Wort. Ich will auch anfangen mit den entscheidenden Sätzen aus dem Text der Kommission zur Überprüfung der Strategie für nachhaltige Entwicklung und natürlich zu dem Teilbereich „Management der natürlichen Ressourcen“:

„Wir sind in hohem Maße von natürlichen Ressourcen, Rohstoffen, Lebensmitteln, Energie und landwirtschaftlicher Nutzfläche und von natürlichen Prozessen abhängig, die die steigenden Abfallmengen einer wachsenden Weltbevölkerung, heute rund 6 Milliarden Menschen, absorbieren müssen.“

Ich lese nicht den ganzen Text vor, sondern nehme nur ein paar entscheidende Sätze heraus:

„Globale Muster der Ressourcennutzung sind besorgniserregend, da sie die Regenerationsfähigkeit des Planeten und die Funktion des Öko-Systems beeinträchtigen.“ (...) „Indem sie aktiv innovative Lösungen für das Management natürlicher Ressourcen sucht, kann die EU eine ressourceneffizientere Wirtschaft fördern und sich so eine Position als führende Wirtschaftsmacht in ökoeffizienten Technologien sichern. Zunehmend wächst auch das Bewusstsein, und nicht nur bei Unternehmen, fiskaler Vorteile durch Investitionen in Öko-Innovation. Der Markt für nachhaltige Produkte und Prozesse muss wachsen und die steigende Nachfrage einer rasch zunehmenden globalen Mittelklasse nach Konsumgütern und Dienstleistungen, wie auch nach ökologischer Qualität befriedigen.“

Ich habe diese Stellen herausgesucht, weil sie zum einen die Dramatik der Situation gut beschreiben und zum anderen aufzeigen, wie stark Umwelt und Wirtschaft zusammenhängen. Außerdem zeigen sie, dass die **Lissabon-Strategie und die Nachhaltigkeitsstrategie** sich nicht widersprechen; sondern dass beide nicht nur zusammengeführt werden müssen, sondern in ihrem Grundsatz zusammen gehören. Die ganzen Bereiche, die hier einzeln aufgelistet werden, Klima und Energie, Gesundheit, sozialpolitische Bereiche, natürliche Ressourcen, Verkehr und globale Herausforderung, bedingen sich gegenseitig, verstärken sich wechselseitig und geben damit Leitlinien für wirtschaftliches Handeln vor. Das Schlüsselwort der Nachhaltigkeitsstrategie ist ja **Lebensqualität**. Nicht nur in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, sondern auch in der EU wird Lebensqualität definiert als ein Zusammenspiel von Gesundheit, persönlicher Entfaltungsmöglichkeit, befriedigender Arbeit, angemessenem Wohnraum, ausreichendem Einkommen, gesellschaftlicher Anerkennung, guten Schulen und einer lebenswerten und sicheren Stadt. Das klingt alles wunderbar. Wenn wir uns die Realität anschauen und die Politiker und Politikerinnen anhören, dann kommen wir aber zu dem Eindruck, dass dieses Ziel scheinbar, zumindest derzeit, nicht erreichbar ist. Das heißt, dass wir in dieser Strategie entweder Priori-

täten setzen müssen oder die Grundbedingungen definieren müssen. Ich glaube und bin mir mit den Grünen einig, dass die Grundbedingungen **Ressourcenerhalt und Bildung** sind. Das sind die zwei Grundbedingungen, die erfüllt werden müssen, um die Werte zu erreichen, die Lebensqualität ausmachen. Ich möchte mich jetzt an den vier Leitaktionen, die dieses Papier vorgibt, abarbeiten:

Die erste Leitaktion ist die **Verlagerung der Steuer von Arbeit auf Verbrauch und Umweltverschmutzung**. Da haben wir ja das schöne grün-rote Instrument der **Ökosteuer**, das in 13 EU-Mitgliedstaaten benutzt wird. Das Ziel muss aber sein, solche Instrumente auf andere Ressourcen zu übertragen. Wir stehen nicht nur im Energiebereich vor dem Problem der Ressourcenverknappung oder der Ressourcenverschmutzung, sondern auch bei allen endlichen Ressourcen. Als Instrument wird in dieser Leitaktion das **Beschaffungswesen** benannt. So plant die Kommission z.B. eine Richtlinie über die staatliche Beschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge. Es ist jedoch zu klären, welche Fahrzeuge nachhaltig und umweltfreundlich sind. Man muss sich einig werden über die Förderung von Biotreibstoffen und von verbrauchsarmen Antriebstechniken. Man muss das nachhaltige, umweltfreundliche Auto erst einmal definieren. Es ist auch möglich, die energetischen Anforderungen bei Bau oder Sanierung von öffentlichen Gebäuden klar zu benennen.

Die zweite Leitaktion kreist um einen Begriff von **ökologischer Innovation** und das Ziel, den Markt für **Ökotechnologien** auszuweiten. Dazu gibt es das grüne Instrument des **Gesetzes über Erneuerbare Energien**. Das Ziel sollte sein, dieses Gesetz analog zum Beispiel für den Bereich der Wärme-Produktion zu entwickeln, z.B. für erneuerbare Ressourcen im stofflichen Bereich, also Chemikalien und Kunststoffe aus Öl. Positiv wird das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU hervorgehoben. Ich will jedoch kritisch anfügen, dass 3,1 Milliarden Euro im 7. Forschungsrahmenprogramm für EURATOM eingestellt sind. Das ist eine Erhöhung von 230 Prozent gegenüber dem letzten Forschungsrahmenprogramm. Für die erneuerbaren Energien und die Effizienz insgesamt werden nach Schätzung lediglich etwa 200 Millionen Euro eingestellt.

Die dritte Leitaktion präsentiert einen **Aktionsplan zur Förderung der Nachhaltigkeit bei Produkten und Konsum** und benennt als Instrumente zum Beispiel die **Ressourcen- und Abfallpolitik**. Die europäische Abfallrahmenrichtlinie räumt der Ressourcenschonung und Abfallvermeidung aber nur formal Vorrang ein. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen geht es tatsächlich nur um die Bereiche Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Ein weiteres Instrument ist die integrierte Produktpolitik. Hierzu ist aus grüner Sicht kritisch anzumerken, dass zwar mit den Richtlinien über Altfahrzeuge, Elektrik- und Elektronikgeräte das Prinzip der Verantwortung des Herstellers in einigen wichtigen Wirtschaftsbereichen umgesetzt ist. Der Hauptgedanke des Grünbuches zur integrierten Produktpolitik

ist aber, differenzierte Steuersätze zu erheben, die den ökologischen Merkmalen der Produkte entsprechen, z.B. niedrige Mehrwertsteuersätze für Produkte mit Umweltzeichen oder die Einführung anderer Ökosteuern und Abgaben. Das ist bisher weitgehend unerledigt.

Die Leitaktion vier schließlich fordert ausreichende finanzielle Mittel für das **NATURA 2000-Netz** und die **biologische Vielfalt** durch die EU und die Vertragsstaaten. Ich möchte in diesem Zusammenhang deutlich machen: Biodiversität und Gentechnik passen nicht zusammen. Es existieren bisher keine Langzeitstudien zur Gentechnik. Doch es gibt Studien, die zeigen, dass bei Anbau von gentechnisch verändertem Raps der Bestand an Wildkräutern und in der Folge an Insekten, die auf diese Kräuter angewiesen sind, um 40 Prozent zurückgeht. Wenn man also den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen oder auch nur die Koexistenz auf dem Acker will und gleichzeitig die Biodiversität fördern möchte, dann setzen wir Grüne dahinter ein sehr großes Fragezeichen.

Ich noch die Leitaktion drei zur **Gesundheit** ansprechen, die da heißt: „Forschung zu Zusammenhängen zwischen Umweltschadstoffen, Exposition und Gesundheitsfolgen und Abhilfemaßnahmen verbessern“. Dazu fällt mir das Stichwort **REACH** ein. Die Kommission hat sich diese ambitionierte Richtlinie vom Ministerrat verwässern lassen und scheint keinen Widerstand mehr zu leisten.

Ein kleiner Schwenk zu den Vorschlägen der NGOs: Die NGOs definieren z.B. das Ziel, Faktor vier in der Ressourcenproduktivität ab 1990 bis 2030 als gemeinsames Ziel der EU zu definieren. Aber mit welchen Instrumenten? Ich würde vorschlagen, den Top-Runner-Ansatz von der Energieeffizienz auf die Ressourceneffizienz zu übertragen. Folgende Instrumente schlagen die NGOs vor: Die Priorisierung der am meisten geschädigten Ressourcen, Entwicklung von Reduktionszielen und Erreichung der Ziele mit speziellen Strategien für jedes einzelne. Unter den am meisten geschädigten Ressourcen ist sicher **Wasser** zu verorten. Die **Wasserrahmenrichtlinie der EU**, deren Ziel ein guter ökologischer Zustand aller Gewässer ist, ist sicher eine gute Rahmenrichtlinie. Zweites Instrument ist das Ziel der Halbierung von negativen Entwicklungen in der gesamten EU bis 2020. Ein Beispiel ist der **Flächenverbrauch**, der durch Infrastruktur-Ausbau in den neuen EU-Ländern derzeit ansteigt. Wir müssen heute schon festlegen, ab wann er wieder sinken kann. Ein anderes Ziel ist, dass 12 Prozent der Güter und Produkte aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei sowie anderen in natürlichen Öko-Systemen produzierte Produkte und Importe bis 2010 Nachhaltigkeitskriterien genügen sollen, bis 2030 sogar 100 Prozent. Allerdings bestehen parallel kontraproduktive Maßnahmen der EU, etwa die Kürzung der zweiten Säule der EU-Agrarfinanzierung. Schließlich brauchen wir ein verbessertes **Management und die Vermeidung der Zerstörung der natürlichen Ressourcen**. Solange man aber nicht klare Instrumente benennt, bleibt auch dieses Ziel zu vage.

Schlussbetrachtung aus grüner Sicht: Die kritische Bewertung des Rates für nachhaltige Entwicklung und der Umweltorganisationen teilen wir weitgehend. Die Mitteilung der Kommission zur Überprüfung der Strategie zeigt die Korrektur bzw. Weiterentwicklungsbedürfnisse der bisherigen Struktur auf, bleibt jedoch selbst an zu vielen Stellen im Vagen. Das zeigt sich besonders deutlich im Bereich „Management der natürlichen Ressourcen“. Die öffentliche Debatte macht sich bisher an den Energieressourcen fest. Das ist durchaus eine kritische Feststellung, die wir auch an uns Grüne richten können. Es ist gut, dass die Energieproblematik öffentliches Thema geworden ist, aber es ist an der Zeit, auch andere Ressourcenproblematiken genauso zum öffentlichen Thema zu machen. **Ressourcenverknappung** meint zunehmend mehr als fossile Energieträger. Mit global wachsenden Volkswirtschaften wächst der Bedarf und Verbrauch von Rohstoffen – von Metallen bis hin zu Boden und Wasser. Mit dem Bedarf steigen die Preise. Engpässe bestehen unter anderem heute schon bei Kupfer und Phosphor. **Wasser** wird allen Prognosen zufolge nach **Öl** zum nächsten **globalen Konflikt- und Kriegsgrund** werden. Die Antwort auf diese schon existierenden und verstärkt auf uns zukommenden Probleme muss die **Entwicklung ressourceneffizienter Produktionsverfahren und tatsächlicher Ressourcenkreisläufe** sein. Notwendig ist, dass die weiteren endlichen Ressourcen stärker in den Fokus kommen. Die wirtschaftliche Bedeutung ist bisher noch nicht so deutlich messbar wie bei der Energie, nichts desto weniger besteht dringend Handlungsbedarf. Auswirkungen einer Rohstoffverknappung werden nicht weniger gravierend sein als bei der Energie, sowohl was Beschäftigung und Wertschöpfung angeht, als auch den Leitgedanken der Lebensqualität. Deshalb muss die Nachhaltigkeitsstrategie bereits jetzt hier ansetzen: Es müssen klare Ziele und Instrumente benannt werden, damit kontraproduktive Prozesse, wie der Einsatz der Gentechnik und das Festhalten an der Nutzung der Atomkraft, beendet werden. Dankeschön.

## Nachhaltiger Verkehr

### Michael Cramer MdEP, Sprecher der Fraktion Grüne/EFA im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Ich möchte eine positive Sichtweise einbringen: Das, was beschrieben wurde – die Ziele der EU, die sie formuliert hat – die sind ja anerkannt worden. **Aber wer ist die EU?** Es gibt 1. die EU-Kommission, 2. das Europäische Parlament, das die Kräfteverhältnisse in den 25 Nationalstaaten widerspiegelt und dann gibt es 3. noch den Ministerrat der Staats- und Regierungschefs. Also diese drei Institutionen müssen sich immer wieder verständigen. Und sie haben sich auf darauf verständigt, Nachhaltigkeit zum obersten Thema zu machen und die Lissabon-Strategie verstärkt umzusetzen. Jetzt gibt es natürlich Debatten darüber, was man unter Lissabon versteht. Wenn ich die alte Kommission und die jetzige Kommission vergleiche, ist das ein Unterschied wie Tag und Nacht. In der

alten Kommission hatte man einen Kommissionspräsidenten Romano Prodi, der ein ausgewiesener ökologisch denkender Mensch war und eine Kommissarin für Umwelt, Margot Wallström aus Schweden, die wirklich eine ganze Menge durchgesetzt hat. Und im Parlament waren die Grünen das Zünglein an der Waage, d.h. ohne uns ging Vieles nicht, aber mit uns ging eine ganze Menge. Wenn die beiden großen Parteien gespalten waren, dann gab unser Votum den Ausschlag, weshalb wir in der Agrarpolitik und in der Umweltpolitik eine ganze Menge durchgesetzt haben.

Seit 2004 haben wir einen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, der von Lissabon nur unter ökonomischen Kriterien redet. Wenn er mit Jean-Claude Juncker, dem EU-Ratspräsidenten des ersten Halbjahres 2005, über Lissabon geredet hatte, dann dachte ich, die reden von völlig verschiedenen Dingen. Juncker hat immer den Dreiklang betont, Göteborg und Lissabon gehören zusammen, also Ökologie, Soziales und Ökonomie – das ist eine Einheit und unter dieser Einheit versteht man Lissabon.

Nochmal – wer ist die EU? Im Verfassungsentwurf steht, die EU ist eine Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger und der Staaten. Das heißt, all das, was an Umsetzung notwendig ist, geht natürlich nicht gegen die nationalen Staaten, sondern nur mit ihnen, nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger, sondern nur mit ihnen, deren VertreterInnen im EP sitzen. Wenn die EU-Kommission z.B. einen fortschrittlichen Bericht vorlegt, den das Parlament vielleicht noch verbessert, dann muss der Ministerrat diesem Vorschlag noch zustimmen – sonst wird er kein Gesetz!

Wenn dem Ministerrat nun diese Position zu weit geht und er sein Veto nutzt und durchsetzt, dass der ursprüngliche Entwurf verschlechtert wird, dann kann man der EU nicht vorwerfen, das Gesetz hat sie sich vom Ministerrat verwässern lassen. Ich finde, da muss man fragen, warum war Deutschlands Regierung an der Spitze der Verwässerer? Welche Regierung hat, und die würde ich dann namentlich benennen, warum und mit welchem Ziel einen positiven Entwurf der EU-Kommission verwässert? Und da sind wir auf der nationalen Ebene, und da müssen wir agieren! Es kann nicht sein, dass die Regierungen immer sagen: „Oh, in Brüssel ist eine tolle Sache gemacht worden und ich, Gerhard Schröder, oder jetzt, ich, Angela Merkel, habe das durchgesetzt.“ Und wenn irgendwo etwas negativ ist, dann heißt es: „Was die in Brüssel wieder beschlossen haben“ – dabei wird verschwiegen, dass sie selbst es waren, die das mit durchgesetzt haben. Also, mit dem Spielchen müssen wir aufhören, sonst kann man irgendwann die EU insgesamt begraben. Wir müssen schon die realen Kräfteverhältnisse sehen.

Ich möchte ein paar gute Beispiele nennen, und einige, wo gebremst wurde. Also zunächst mal die **Kyoto-Strategie der EU** – die finde ich toll – also acht Prozent Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2012 auf der Basis von 1990, die auch auf die neuen Mitgliedstaaten übertragen wurde. Die ist akzeptiert von allen, aber sie muss auch umge-

setzt werden. Deutschland kann es vielleicht schaffen, Spanien wird es wahrscheinlich überhaupt nicht schaffen. Aber jetzt kann ich ja nicht sagen, das ist die Schuld oder die Verantwortung der EU, sondern ich muss dann fragen: Spanien, was hast du gemacht, wofür benutzt du die Gelder der EU? Glaubst du wirklich, dass mit zunehmendem Straßenbau die CO<sub>2</sub>-Probleme gelöst werden? Die EU kann ja nur Anregungen geben, bestimmte Prozesse verstärken, auch kofinanzieren, aber wenn die Mitgliedstaaten das nicht umsetzen wollen, funktioniert es nie.

Ich will noch ein paar weitere Beispiele nennen: Das **Weißbuch der EU zum Verkehr** – auch das finde ich toll, es könnte fast von den Grünen sein – ist die oberste Strategie der EU. Die Verlagerung der Güter und Personen von der Straße auf die Schiene, auf Wasserwege, auf umweltfreundlichere Systeme, auf das zu Fuß gehen, auf den Fahrradverkehr – all das wird untermauert und das ist gut. Aber wer muss das umsetzen? Also Polen hat zum Beispiel in den letzten Jahren fast ausnahmslos die Mittel für die Regionen für Straßenbau verwendet, und wundert sich zugleich, dass es dann möglicherweise die Kyoto-Ziele nicht erreichen kann. Da gibt es ein Zusammenspiel und in diese Richtung muss es gehen. Mit dem Weißbuch soll die Neubelebung des Verkehrsträgers Schiene erfolgen, die Öffnung des europäischen Eisenbahn-Verkehrsmarktes soll gelingen, die Kostenwahrheit bei allen Verkehrsträgern, auch beim Luftverkehr, hergestellt, faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger geschaffen werden und die Neugestaltung vereinheitlichter Rechtsrahmen im Verkehr, wie die Beseitigung von Infrastrukturengpässen, soll gelingen. Das sind alles Zielstellungen, die wir Grünen unterschreiben können. Und das ist jetzt kein grünes Programm, das ist wirklich ein Programm von den Konservativen bis zu den Kommunisten, die das alles beschlossen haben und das umsetzen wollen. Ich würde das nicht kritisieren, sondern positiv sehen und sagen: „Okay, das ist das Ziel und das wollen wir umsetzen“. Zu drei Punkten möchte ich gerne näher Stellung nehmen.

### **Transeuropäische Netze**

Das war ein harter Konflikt, da hat die EU geschlafen. Zehn Jahre lang wurde mit den Staaten Mittel- und Osteuropas verhandelt und kurz vor der Erweiterung am 1. Mai 2004 war allen klar: Es wird Verkehrsprobleme geben, wenn der Eiserne Vorhang weg ist, und Europa zusammen wachsen soll. Im letzten Moment hat dann die EU-Kommission versucht, ein **gesamteuropäisches Verkehrsnetz** zu konzipieren. Das hat den gleichen Geburtsfehler wie der Bundesverkehrswegeplan – er ist finanziell nicht untermauert. 225 Milliarden Euro sollen die 30 ausgewählten Projekte kosten. Die EU, das Parlament und die Kommission wollten diese Projekte im Zeitraum 2007 bis 2013 mit 20 Milliarden Euro unterstützen. Das Volumen ist aber – auch durch deutsche Beteiligung, auch Italien und andere waren dabei – reduziert worden, so dass statt der 20 Milliarden nur noch sieben Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Übeltäter war der Ministerrat, den Vorschlag des

Ministerrates hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit abgelehnt, weil es der Meinung war, dass man für die neuen Aufgaben im zusammenwachsenden Europa mit 27 Mitgliedstaaten mehr Geld brauchen wird und nicht weniger.

Jetzt sage ich trotzdem, dass es auch in diesen 30 Projekten natürlich Fehlplanungen gibt. Zum Beispiel ist die Brücke über die Straße von Messina keine europäische Angelegenheit, sondern eine rein italienische, aber sie ist Bestandteil dieser TEN-T. Ich nehme noch vier andere Projekte als Beispiele: die Fehmarnbelt-Brücke zwischen Dänemark und Deutschland (fünf Milliarden), die Eisenbahnverbindung Lyon-Turin (93 km Tunnel durch die Alpen) und den Brenner-Basistunnel, der von den insgesamt 250 km langen Tunnelstrecken zwischen München und Verona mit 63 km nur ein bestimmter kleinerer Abschnitt ist. Zusammen mit der Brücke über die Straße von Messina fressen diese vier Projekte fast alles verfügbare Geld auf. Nun muss ich die Frage stellen, wollen wir lieber 350 km Tunnel oder 7000 km Eisenbahnmodernisierung in der Fläche? Was ist besser für das europäische Eisenbahnnetz? Wie wächst Europa schneller zusammen? Die Frage stellen heißt, sie beantworten. Also setzen wir uns dafür ein, dass diese gesamten Projekte überprüft werden nach ökologischen, ökonomischen und auch nach Zeitkriterien, denn wir dürfen es uns nicht leisten, mit dem vorhandenen Geld die Tunnel halb fertig zu stellen ohne verkehrspolitischen Effekt.

Dafür gibt es ja Beispiele in Europa, auch in Deutschland – ich denke z.B. an die Eisenbahn durch den Thüringer Wald –, die können wir uns nicht leisten, deshalb muss hier zielgenau gearbeitet werden. Und die Mitgliedstaaten müssen mitspielen. Aber das ist natürlich schwierig. Das sind vier Projekte, die lange Zeit diskutiert worden sind und in den alten EU-Staaten angesiedelt sind und kein einziges Projekt von diesen teuren Projekten befindet sich im Osten Europas. Aber wir müssen ja eigentlich, und hier in Berlin kann man das ja anschaulich sagen, jetzt Europa wieder vereinigen. Was wir in dieser Stadt geschafft haben, müssen wir auf die europäische Ebene übertragen.

Eigentlich bräuchten wir **„Verkehrsprojekte Europäische Einheit“**, die es leider aber nicht gibt. Das liegt auch daran, dass Frankreich, Portugal und Spanien sagen: „Wir wollen auch unsere Projekte und nicht hinten anstehen.“ Da kann ich nur sagen, da war die Solidarität in Deutschland besser. Obwohl Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen z.B. keine Grenze mit der DDR hatten und deshalb an den „Verkehrsprojekten Deutsche Einheit“ nicht partizipieren konnten, haben sie damals dafür gestimmt, dass die 17 Projekte die oberste Priorität bekommen. Das Prinzip war richtig, auch wenn ich natürlich an dem einen oder anderen Projekt Zweifel und Kritik hatte und immer noch habe.

### **Euro-Vignette**

Zweites Beispiel war die **Euro-Vignette**. Das ist ja ein sechsjähriger Prozess. Die Kommission hat den Vorschlag für die Euro-Vignette gemacht, also die Maut auf Europas Auto-

bahnen, das Parlament hat ihn noch verschärft, wollte die Internalisierung der externen Kosten und wollte die Maut ausdehnen auf alle. Zunächst hat der Ministerrat sich sechs Jahre lang tot gestellt und nun ist das Projekt doch endlich gekommen. Aber wir hatten im Parlament – und zwar mit Zustimmung aller deutschen Europaabgeordneten – ganz klar die Direktive: die Euro-Vignette gilt für alle LKW ab 3,5 Tonnen. Das war überhaupt keine Diskussion. Aber als es dann im Ministerrat verhandelt wurde – denn der muss ja auch zustimmen, dass es Gesetz wird – war es vornehmlich Deutschland, das gesagt hat: „Nein, das wollen wir nicht, das geht auf keinen Fall!“ Und dann wollten sie eigentlich bei 12 Tonnen bleiben oder bei 7,5 Tonnen. Der Kompromiss sah dann so aus: Die Euro-vignette gilt für alle LKW ab 3,5 Tonnen – aber da sind Schlupflöcher, aus welchen Gründen auch immer, die sind so riesig, dass da jeder durchrutschen kann – und wenn der Nationalstaat die Maut ab 3,5 Tonnen nicht will, dann bleibt es eben bei den 12 Tonnen.

Was wir auch noch durchgesetzt haben war, dass die Maut ausgedehnt werden kann auf alle LKW und auf alle Straßen, nicht nur auf Autobahnen. Das ist positiv und wir hatten sogar auch einen Passus – im Parlament mit großer Mehrheit beschlossen – der die Internalisierung der externen Kosten regeln sollte. Denn über deren exakte Höhe – mit mehreren Stellen hinter dem Komma – gibt es seit Jahren Streit: Obwohl alle Gutachten sagen, dass mindestens 60 Prozent der Infrastrukturkosten externe Kosten sind. Das wurde klugweise in den Gesetzestext hinein geschrieben, um diese Debatte zu beenden. Wir haben auch deutlich gemacht, dass wir – so lange es nicht dieses allein selig machende Gutachten nicht gibt – 60 Prozent wollen, die auf die Maut für die Internalisierung der externen Kosten drauf geschlagen werden kann. Das ist vom Ministerrat mit tatkräftiger Unterstützung der deutschen Bundesregierung abgelehnt worden. Der Kompromiss sah dann vor, dass in zwei Jahren entschieden werden soll, wie hoch die externen Kosten in Wahrheit sind. Im Grunde will der Ministerrat die externen Kosten nicht internalisieren, er hat nur keine Argumente für die Verweigerung! Da kann ich sagen, wir hatten im EP einen Beschluss gegen die Konservativen, aber mit großer Mehrheit, noch durchgesetzt. Wir hatten die 3,5 Tonnen, das war überhaupt keine Diskussion, und diese gute Regelung hat der Ministerrat verwässert und diese Verantwortung haben dann auch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und nicht die Kommission oder das Europäische Parlament. Wenn jetzt der Kompromiss zurückkommt, dann ist es natürlich schwierig, etwas dagegen zu unternehmen, aber so war die Debatte.

### **EU-Zugsicherungssystem**

Ein drittes Beispiel, bei dem ich eine Initiative der EU befürworte, ist das **europäische Zugsicherungssystem**. Wir haben ja einen Flickenteppich im Eisenbahnverkehr. Und das hindert insbesondere den Güterverkehr. Wir haben im nächsten Jahr die Öffnung aller Netze für den Güterverkehr – aber wir haben über 20 unterschiedliche Zugsicherungs- und

Signalisierungssysteme, vier Spurweiten und sechs Stromspannungen in der EU. In diesem Markt kann die Schiene die Vorteile – wir wollen ja alle, dass die Güter auf die Schiene kommen – nicht ausspielen, weil es nationale und damit auch technische Grenzen gibt. Jetzt haben sich alle Verkehrsunternehmen, alle Mitgliedsstaaten und alle Infrastrukturbetreiber der Eisenbahn in Europa auf das zukünftige **Zugsicherungssystem ERTMS** verständigt. Und daran wird gearbeitet. Dann können wir auch in der EU die langen Strecken ausnutzen und können dann beispielsweise das Niveau der USA erreichen. In diesem Highway-Land werden nämlich 40 Prozent der Güter auf der Schiene transportiert, weil man dort die langen Strecken ausnutzen kann, dort gibt es eben nur ein einziges System. In Europa liegen wir bei 14 Prozent und wenn wir die Euro-Vignette nach Schweizer Modell nicht bekommen, dann liegen wir demnächst noch einmal 30 bis 40 Prozent darunter. Das heißt, hier sind von der EU die richtigen Impulse gegeben worden, wohin die Reise gehen soll. Jetzt geht es an die Umsetzung in den jeweiligen Nationalstaaten. Wir haben, das werden wir beschließen (zufällig bin ich für dieses System der Berichterstatter), festgeschrieben, dass EU-Gelder für Schienenprojekte nur dann zur Verfügung gestellt werden können, wenn diese mit dem europäischen Zugsicherungssystem ausgestattet werden. Das heißt, in Zukunft wird es immer nur noch zwei Systemlokomotiven geben, eine mit dem europäischen und eine mit dem nationalen System. Die Lokomotive des Thalys beispielsweise hat sieben Systeme und das kann keiner mehr bezahlen. Und dass es jetzt in diese richtige Richtung geht, finde ich sehr positiv.

Jetzt möchte ich noch ein paar kurze Anmerkungen machen mit Blick auf die Zeit. Die **Föderalismusreform**, die hier gerade in Deutschland diskutiert wird, führt dazu, dass das Umweltrecht in den Bundesländern praktisch unterschritten werden kann. Das ist ein irrer Rückschritt, denn Ökologie und Umweltzerstörung machen nicht vor Ländergrenzen halt. Und wir haben den Acquis Communautaire der Europäischen Union im Umweltrecht, der gilt für alle Mitgliedsstaaten. Und jetzt kommt Deutschland und sagt: „Nein, wir wollen das aber anders machen“. Das ist hanebüchen und ich kann nur hoffen, dass wir Grüne uns durchsetzen, damit das noch geändert wird. Der zweite Punkt: die **FFH-Gebiete** auszuweisen, war auch ein zukunftsweisender Beschluss der EU. Nur mit großen Sanktionen konnte Deutschland dazu bewegt werden, endlich diese Aufgabe zu erfüllen, wenn auch vielerorts verspätet. Da darf die Kritik jetzt nicht nach Brüssel gehen, sondern wirklich an die Mitgliedsstaaten.

### **Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehr**

Letzter Punkt: **Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehr**. Die Behauptung, dass mehr Wirtschaftswachstum mehr Verkehrswachstum bringt, stammt ja aus dem letzten Jahrhundert, hätte ich fast gesagt. Ich kann auch sagen, aus dem letzten Jahrtausend. Wäre das der Fall, stünde Deutschland als Straßenbauweltmeister natürlich ganz

anders da. Und erst recht das Land Brandenburg. Das hat pro Kopf die meisten Autobahnkilometer in ganz Deutschland, die müssten beim Wirtschaftswachstum an der Spitze stehen, weil die doch eine sehr tolle Infrastruktur haben. Das stimmt aber nicht, sie stehen ganz unten! Die Abkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum steht auch im Weißbuch, das jetzt leider in die falsche Richtung korrigiert werden soll. Diese Abkoppelung ist aber wichtig auch wegen des demographischen Faktors.

Alle reden bei den Versicherungssystemen davon, dass die Bevölkerung schrumpft, aber alle meinen, wir brauchen noch diese Autobahn und jene usw. Also ein Fortschritt wäre ja, wenn alle auch angesichts des demographischen Faktors sagen würden, wir wollen nicht weiter in die falsche Richtung gehen, deshalb stoppen wir den Straßenbau und setzen nur auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger. Ich kann für die EU sagen, dass von den 30 Projekten der Transeuropäischen Netze die ersten sechs, die jetzt richtig angegangen werden, alles Schienenprojekte sind. Dafür wurden auch Verantwortliche benannt, die das mit den Mitgliedstaaten organisieren sollen. Ich finde, das ist schon ein Fortschritt. Ich jedenfalls wäre froh, wenn im deutschen Bundesverkehrswegeplan die ersten sechs nur Schienen-Projekte wären. Es gibt offensichtlich einen Unterschied zwischen den jeweiligen Mitgliedstaaten der EU und zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU. Wir müssen immer genau hinschauen und unsere Kritik muss zielsicher sein. Dafür sitzen wir hier und diskutieren – schönen Dank.

## **Gesundheit, Soziales und Entwicklung**

### **Soziale Ausgrenzung, Demografie und Migration**

#### **Marieluise Beck MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss**

Sehr geehrte Damen und Herren. Zu Beginn möchte ich gerne den Blick noch mal kurz zurückwerfen in den Bereich **Migration, Flucht, Asyl**. Sie erinnern sich, dass mit dem Vertrag von Amsterdam dieser Bereich in die erste Säule übernommen wurde und damit einer Vergemeinschaftung unterliegen sollte. Aus der nationalen Innen- und Migrationspolitik heraus hatten wir damals sehr wohl eine ausgesprochen gemischte Einschätzung darüber, was mit dieser Vergemeinschaftspolitik der Europäischen Union über uns kommen würde, und ob das letztlich nicht doch bedeuten würde, dass Standards im Bereich Flucht und Asyl – über Migration haben wir damals noch nicht so sehr gesprochen – eher nach unten abgesenkt würden, im Sinne einer allgemeinen Harmonisierung, die eher nicht deutschen Standards entspricht. Im Rückblick muss ich sagen, dass sich diese Einschätzung so nicht halten ließ. Das hatte u.a. zu tun mit dem Kommissar, der für diesen Bereich zuständig war, einem Portugiesen, Kommissar Vittorino, der mit unglaublicher Vehemenz und auch persönlichem Einsatz für Richtlinien gestritten hat, die im Bereich

Flucht und Asyl zu tatsächlich besseren Standards innerhalb der Europäischen Union geführt haben.

### **Der Gipfel von Tampere 1999**

Es gab dazu einen sehr wegweisenden Gipfel in Tampere 1999. Ich hatte manchmal das Gefühl, es war den Regierungschefs nicht so ganz klar, was sie dort beschlossen haben bzw. welche Konsequenzen ihre Beschlüsse haben würden. Es gab zwei „Türschilder“, die für alle, die in der praktischen Politik standen, extrem wichtig waren.

Das eine Schild war, dass die Flüchtlingspolitik sich umstandslos an der **Genfer Flüchtlingskonvention** orientieren sollte. Das war einfach eine Sicherheit, die wir dann hatten, weil wir immer in den darauf folgenden Richtlinienbesprechungen und vor allen Dingen bei all dem Druck, der von den nationalen Regierungen ausging, die Vorlagen Vittorinos klein zu mahlen, immer sagen konnten: „Augenblick, die Regierungschefs haben gesagt, die Genfer Flüchtlingskonvention gilt.“ Wir wissen auch aus der nationalen Diskussion, dass die Genfer Flüchtlingskonvention ja in einem weiten Teil der EU-Mitgliedsstaaten weiter ausgelegt wurde als bei uns in Deutschland. Hierbei ging es insbesondere um die Frage der Anerkennung der nichtstaatlichen Verfolgung, deren Interpretation in Deutschland ja sehr eng gefasst wurde.

Das zweite wichtige „Türschild“ war die Vorgabe, dass **Drittstaaten**, soweit nur irgendwie möglich, an die Rechte der EU-Bürgerinnen und Bürger heran geführt werden sollten. Auch eine gute Vorgabe, mit der man viel hätte machen können.

Dieser Prozess der EU-Gesetzgebung startete mit einer unglaublichen Vehemenz und wurde dann im Laufe der darauf folgenden Jahre durch große Beharrlichkeit der nationalen Regierungen teilweise bis zur Unkenntlichkeit klein gemahlen. Ich muss leider zu unserer Schande gestehen, dass die deutsche Regierung sich daran heftig beteiligt hat, was wieder mal ein Licht auch auf die schwierigen institutionellen Rahmenbedingungen wirft, denn die nationalen Parlamente hatten faktisch kaum Zugriff auf diese Richtlinienverfahren. Zudem hatten wir einen sehr selbstbewussten Bundesinnenminister. Der gondelte nach Brüssel, legte sein Veto ein und konnte eben die Kommission zappeln lassen. Wie heißt es so schön? „Was kratzt es den Baum, wenn sich das Schwein an ihm juckt?“ Auf jeden Fall hat es unglaublich viel Störfeuer gegeben, insbesondere aus Deutschland, auch was die Frage des **Arbeitsmarktzugangs** anbelangt – ein Thema, um das es ja jetzt auch wieder geht. Was wir dann letztlich durch das Tampere-Programm bekommen haben, ist für die zehn Staaten, die danach der EU beigetreten sind, zum Teil eine deutliche Anhebung von Standards. Für Staaten allerdings mit einem doch sehr entwickelten Flüchtlingsrecht wie z.B. Deutschland hätte man mehr erreichen können und gemessen an dem, was auf dem Tisch lag, war das Ergebnis dann doch eher enttäuschend.

## **Demografischer Wandel und Einwanderung**

Nun gibt es einen zweiten Anlauf, der in die Nachhaltigkeitsstrategie hineingepackt und mit der Lissabon-Strategie in Zusammenhang gesetzt wird. Daran kann man sehen, dass sich jetzt der Blick verschoben hat weg von Fragen zu Flucht und Asyl hin zu einer Einwanderungspolitik, die anderen Vorgaben und Interessen folgt – nämlich einer Einwanderungspolitik, die tatsächlich von den Bedürfnissen und Interessen der Europäischen Union geleitet ist. Was ist hierbei die Klammer? Die Klammer ist, dass die EU verstanden hat, dass wir in eine doch tatsächlich **dramatische demografische Schiefelage** geraten sind. Das hat inzwischen jedes Kind verstanden. In der nationalen Debatte haben wir ganz massiv in den letzten drei, vier Jahren entdeckt, dass die demografische Entwicklung aus der Balance geraten ist. Dabei hatte der Deutsche Bundestag zehn Jahre lang eine Enquete-Kommission zum demografischen Wandel. Aber kein Mensch in dieser Republik hatte davon Kenntnis genommen, außer die damit betrauten Wissenschaftler und die fleißigen Parlamentarier. Irgendwann entdeckte man über Nacht das demografische Problem.

Dieser demografische Wandel ist bei uns in Deutschland stärker als in Frankreich, in der Regel aber weitgehend angeglichen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten. Man hat jetzt, wenn es um die Frage der Öffnung von Grenzen geht, trotzdem nach wie vor insbesondere in der Bevölkerung – und Politik richtet sich ja gerne immer auch nach dem, was die Bevölkerung denkt und hören möchte – die Angst, es könnte einen unendlichen Druck geben. Man denkt dann z.B. an die Ukrainer, die Polen oder die Russen und was uns nicht noch so alles „überfluten“ könnte. Das ist, wenn man sich ein bisschen Mühe gibt, auch dort die demografischen Entwicklungen zu betrachten, nicht zu halten. Denn die demografische Entwicklung ist in eben diesen Staaten mindestens genauso dramatisch, wenn nicht sogar dramatischer, wie bei uns. In Russland kommt dann noch dazu, dass das Lebensalter bei den Männern deutlich sinkt. Ich habe vor kurzem gelernt, dass inzwischen im europäischen Teil Russlands eine massive Wanderung vom Land in die Städte stattfindet. Wer aber drängt nach und besorgt dort die Landwirtschaft? Sie werden es sich denken können: die Chinesen und die Koreaner. Also die Vorstellung, wenn wir dann so weit sind, dass unser Rollstuhl geschoben werden muss oder wir pflegebedürftig sind, die Russen und Ukrainer kommen, ist naiv. Die werden dann selber dieses Problem haben. Das heißt: Migration, wenn wir sie schließlich brauchen, wird vermutlich aus viel entfernteren Regionen dieser Erde zu uns kommen müssen.

## **Ressentiments gegen Einwanderung**

Der demografische Wandel also ist etwas, das Europa insgesamt trifft. Er ist ein Motiv dafür, über die Notwendigkeit von Einwanderung nachzudenken. Es gibt aber, glaube ich, fast keine öffentliche Debatte, die schwerer zu bestehen ist. Schnell muss man sich fragen lassen, ob man etwa noch mehr Ausländer nach Deutschland reinholen wolle? Und

schon steht man mit dem Rücken an der Wand. Das ist eine Diskussion, die im Augenblick fast nicht zu führen ist und zwar aus zwei Gründen: die Bevölkerung eines Landes, das eine so hohe **Arbeitslosigkeit** hat wie Deutschland, dem es offensichtlich nicht gelingt, einen so großen Teil von Leuten aus der Langzeitarbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, hat keine besonders offene Haltung gegenüber zusätzlicher Migration. Das ist zunächst auch nachvollziehbar. Und das zweite ist, dass inzwischen die Resentiments, die Ängste und die Vorurteile gegenüber Menschen des **islamischen Glaubens** so ausgeprägt sind und ja auch jeden Tag stärker angefüttert werden, dass auch da sich ein grummeliges, dumpfes Gefühl zusammenbraut. So deutet im Augenblick eigentlich alles eher auf Abschottung hin.

Wir wissen auch, wie schwer es der Öffentlichkeit vermittelbar ist, dass es dennoch eine Unwucht auf dem Arbeitsmarkt gibt. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit und trotz eines riesigen Weiterbildungsprogramms der Bundesagentur für Arbeit haben wir immer noch eine Disparität zwischen qualifizierten Kräften, die die Unternehmer suchen, und dem, was der Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen kann. Auch hier wird jetzt gesagt, es wird um **Anwerbung** gehen müssen. Das wäre dann der berühmte Kampf um die besten Köpfe. Da werden wir uns in Deutschland jedoch noch umgucken. Der Versuch, diesen Kampf um die Köpfe anzugehen, war ja eigentlich das Motiv für das Abenteuer **Zuwanderungsgesetz**. Während der Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz ist über drei Jahre hinweg viel Papier beschrieben worden. Dabei ist alles, was an wegweisenden Zuwanderungsmöglichkeiten in dem Gesetz enthalten war, Stück für Stück wieder rausgeflogen. Die Rechnung bekommen wir bereits heute quittiert: im letzten Jahr hatten wir ganze 932 qualifizierte Zuwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt – 932!

### **Einwanderung unter Nutzungsgesichtspunkten**

Was hat sich also die EU jetzt vorgenommen? Sie will gemeinsam wieder legislative Vorschläge machen, um die Einwanderung nach – das muss man auch deutlich aussprechen – **Nutzungsgesichtspunkten**, nach ökonomisch und demografisch motivierten Nutzungsgesichtspunkten, zu gestalten. Dafür soll es Rahmenrichtlinien geben, auch für die Bereiche **Bildung** und **Gesundheit**. Bildung: wir wissen alle, dass das bitter nötig ist mit einem Schulsystem, das Migrantenkinder nicht einbinden kann. Es sollen Bedingungen angeglichen werden, damit nicht in jedem Nationalstaat Einwandernde auf andere Konditionen treffen. Dazu soll es unter anderem eine **Greencard** geben, diesmal tatsächlich nach US-amerikanischem Vorbild. Mit der neuen Greencard soll es eine Effizienzsteigerung geben für Saisonarbeitnehmer, die für fünf Jahre eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen, um dann für die Saisonzeiten hin- und herpendeln zu können. Weiterhin sollen aber die nationalen Regierungen selber entscheiden können, wie hoch die Zahl der Einwanderer sein soll. Da wird es also keine Harmonisierung geben. Mitgedacht ist ein bisschen die Frage der In-

tegration, wobei das ein Feld ist, unter das man inzwischen alles und jedes subsumiert, hier ganz vernünftig auf die Bereiche von Sprach- und Orientierungskursen hin orientiert.

### **Migration und ‚brain drain‘**

Es wird daran gedacht, und das finde ich wirklich gut, eine Kooperation mit den Herkunftsländern auf die Beine zu stellen, auch in Fragen der Ausbildung. Das ist wichtig, weil bei dieser Diskussion das Problem des „**brain drain**“ oft unter den Tisch fällt. Früher wurde die „brain drain“-Debatte genutzt, um zu sagen, niemand dürfte hier bleiben. Wer in Deutschland Medizin studiert hatte, sollte wieder zurück nach Afrika und dort die kranken und armen Patienten behandeln. Direkt nach dem Studium sollten die Studenten unser Land verlassen. Dann hat man eine Kehrtwendung vollzogen und gesagt, wir bräuchten die besten Köpfe, jedoch ohne sich zu überlegen, wem man sie dann wegnimmt. Und gerade, wenn sie in die GUS-Staaten gehen, wo sich im Augenblick die Verhältnisse sehr schlecht entwickeln, sehen Sie bei den qualifizierten Leuten einen riesigen Druck, auszuwandern. Es gibt viele afrikanische Staaten, bei denen es ähnlich ist. Wenn die ghanaischen Krankenschwestern und Ärzte nach England abwandern und dann „Ärzte ohne Grenzen“ versuchen muss, irgendwie vor Ort die Kliniken aufrecht zu erhalten, dann ist das ein Problem. Es ist also gut und wichtig, dass in der Einwanderungsdebatte der EU auch über „brain drain“ gesprochen werden soll. Allerdings darf man auch nicht vergessen – die Bundestagsfraktion hat ja dazu auch eine Anhörung in der letzten und einen Antrag in der jetzigen Legislatur verfasst – es gibt auch das „brain gain“ als ein zentrales Moment der Migration. Nämlich die Rücküberweisungen von Migranten, die in den Ländern der EU leben und Geld, aber auch „know how“, in ihre Herkunftsländer transferieren. Die Quote dieser Rücküberweisungen übersteigt die Quote der Entwicklungshilfe um ein Vielfaches.

Die Kommission hat das auch in einem ihrer letzten Berichte an den Rat ausdrücklich als Mittel kluger Migrations- und Entwicklungspolitik erwähnt. In diesen Politikfeldern brauchen wir mehr Kohärenz – also einen Ansatz zur Nachhaltigkeit.

### **Perspektivisches Denken statt Kleinstaaterei**

Im April 2006 soll es ein **Positionspapier zu illegalen Einwanderern** geben. Da wird es sicherlich noch einmal heftige Debatten geben. Schon im Tampere-Prozess wurde auf deutsche Intervention hin geregelt, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt allein nationales Recht sein soll. Das hat der Bundeskanzler den Länderfürsten damals versprochen und so lange man hier Regierungen hat, die sich kategorisch gegen Einwanderung stellen, nur weil sie nicht perspektivisch denken können, werden wir sicherlich weiterhin mit dieser Art von restriktiver Politik zu tun haben, wie wir das im Augenblick erleben. Wir müssen daher wirklich Sorge tragen, dass in diesem Bereich zukunftsorientiert gedacht wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und Entwicklung**

**Thilo Hoppe MdB, Vorsitzender des Entwicklungsausschusses des Bundestages**

Ich könnte jetzt den Ball von Marie-Luise Beck aufnehmen und Migration als Brücke zum Thema Entwicklung nehmen, aber das wäre ein bisschen schräg. Sie wissen, dass ganz oft behauptet und gesagt wird, eine gute Entwicklungspolitik bedeute, den bedürftigen Menschen, den Armen dort zu helfen, wo sie leben, dies verhindere einen Migrationdruck, verhindere Einwanderung mittel- und langfristig. Und langfristig gesehen ist das auch richtig. Aber eine genauere Analyse der Menschen, die im letzten Jahr über die spanischen Enklaven in Nordafrika versucht haben, in die Europäische Union hineinzukommen, macht deutlich, dass sind nicht die Ärmsten der Armen, sondern oft Leute, die schon über ein gewisses Know-how verfügen, über eine gewisse Mobilität und so gesehen bin ich immer ein bisschen skeptisch, wenn man Entwicklungspolitik zu sehr damit begründet, dass dadurch Migration verhindert wird. Aber natürlich gibt es einen Zusammenhang. Ich spreche jetzt kurz über die globalen Herausforderungen, die in dem Dokument, das wir heute diskutieren, sehr treffend und sehr gut, knapp und präzise, beschrieben werden.

Armut, Umweltschäden und Konflikte bilden einen Teufelskreis. **Armutsbekämpfung und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen müssen zusammengedacht werden.** Es ist nicht immer so gewesen. Es gibt nach wie vor in der entwicklungspolitischen Szene auch ein Konkurrenzdenken, dass manche Kolleginnen und Kollegen sagen, ja bitte, aber wenn jetzt den Armen geholfen werden muss, wenn die die Möglichkeit erhalten, jetzt Einkommen zu haben, dann darf man die Umweltthemen nicht so hoch hängen, da muss man da mal fünf gerade sein lassen. Gerade das Gutachten des „Wissenschaftlichen Beirates Globale Umweltveränderungen“ (WBGU), das im letzten Jahr vorgestellt wurde, macht sehr deutlich, wie sehr Vernachlässigung der globalen Umweltpolitik Armut schafft und die ganze Problematik der Armut noch weiter anheizt. Es ist beispielsweise sehr deutlich zu sehen, in den vielen Ländern, die unter einer voranschreitenden Wüstenbildung zu leiden haben. Also, das ist ein guter Ansatz in diesem Dokument, Armutsbekämpfung und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zusammen zu denken, so wie das die Grünen schon seit je her gemacht haben. Und dass man da nicht zwei verschiedene Fakultäten aufmacht, die manchmal in Konkurrenz zueinander stehen.

Der Verweis auf die **Millenniumsziele** ist sehr gut. Sie wissen ja alle, dass im Jahr 2000 die Staatsoberhäupter der Welt feierlich verkündet haben, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um beispielsweise die Zahl der extrem Armen bis 2015 zu halbieren, um die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren, um den Verlust der Artenvielfalt erfolgreich einzudämmen. Insgesamt gibt es acht große Millenniumsziele. Es gab im Jahr 2005 eine Überprüfungskonferenz in New York, den Major Event, da wurde Bilanz gezogen und Re-

chenschaft darüber abgelegt, wie weit wir sind. Und da musste man feststellen, dass man bei sieben der acht Millenniumsziele auf dem richtigen Weg, aber viel zu langsam ist. Würde man mit dem Tempo weiter machen, würden die Ziele im Jahre 2080, im Jahre 2090, im Jahre 2065 erreicht werden. In einem ganz wichtigen Bereich – Halbierung der Zahl der Hungernden – hat man sogar keinerlei Fortschritte zu verzeichnen. Auch nicht ganz kleine, sondern große Rückschritte. Die Zahl der Hungernden hat sich vergrößert auf mittlerweile 854 Millionen Menschen.

Die Millenniumsziele werden in dem Papier der Europäischen Kommission referiert. Es wird gefordert, dass sich die europäische Entwicklungspolitik noch stärker als bisher daran orientieren soll, einen Beitrag zur Erreichung dieser Millenniumsziele zu leisten, noch stärker wirklich die Ärmsten der Armen in den Blick zu nehmen, die Ursachen auch der fortschreitenden Armut zu bekämpfen. Es wird eine qualitativ bessere Entwicklungspolitik gefordert durch eine bessere Abstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Es werden mehr Mittel gefordert zur Erreichung der Millenniumsziele. Und der wichtigste Punkt: eine größere **Kohärenz**, eine stärkere Abstimmung der Entwicklungspolitik mit anderen EU-Politikbereichen, wie beispielsweise der Agrar- und der Handelspolitik.

Der vierte Punkt dieser Leitlinien: Eine Stärkung der globalen Umweltorganisationen. Dies können wir voll und ganz unterstreichen. Es muss eine **globale Umweltbehörde** geschaffen werden, die auch Sanktionsmechanismen erhält, die also nicht nur einen Papiertiger darstellt. Und die globalen Umweltabkommen, die so genannten MEA`s (multilaterale Umweltabkommen), dürfen nicht mehr den Handelsregeln der WTO untergeordnet werden. Ganz oft wird ja das, was in den Umweltabkommen formuliert wird, wiederum konterkariert durch die Regeln der WTO. Die Umweltabkommen haben keinerlei Sanktionsmechanismen. Sie sind nur Forderungen, sie können nur als Appell verstanden werden. Die WTO allerdings hat Sanktionsmechanismen und hebt dann an vielen Stellen auch diese Umweltabkommen aus. Also, ich kann ein großes Loblied singen und kann sagen, alles was in dem Dokument steht, an Analyse und auch an Forderungen ist ganz hervorragend. Da kann ich kein Haar in der Suppe finden. Ich kann ein ganz dickes Ausrufezeichen darunter setzen und das dick unterstreichen.

Bei näherer Betrachtung stellt sich aber heraus: viel Sonntagsrede, und das Verhalten der Europäischen Kommission und der Mitgliedsstaaten steht in einem eklatanten Widerspruch zu den ehrbaren Zielen, die man hier formuliert hat. Wir fangen an bei dem Kohärenzgebot. Ganz oft sehen wir Entwicklungspolitiker in vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas, Asiens, dass die eine Hand etwas aufbaut – beispielsweise in Indien, in Brasilien gibt es einige Projekte für ein vorbildliches Molkereiwesen, das Bauern in die Lage versetzt, in einem regionalen Wirtschaftskreislauf Butter, Käse, Joghurt, Frischmilch zu pro-

duzieren – und die andere Hand der EU es wieder einreißt. An den gleichen Einsatzorten ist dann nämlich feststellbar, dass beispielsweise Milchpulver exportiert wird, hoch subventioniert, von einem italienischen Konzern beispielsweise, zu Dumpingpreisen und das, was die europäische Entwicklungszusammenarbeit mühevoll aufgebaut hat, durch Dumpingagrarexporte der Europäischen Union wieder eingerissen wird.

Also, es gibt sehr viel zu tun, um gerade die EU-Agrarpolitik und die EU-Entwicklungspolitik kompatibel zu machen. Davon sind wir derzeit weit entfernt. Es gibt kleine Ansätze, die **EU-Zuckermarktreform** scheint so ein Ansatz zu sein, durch den die Menge des Zuckers, die auf dem Weltmarkt auch zu Dumpingpreisen angeboten wird, reduziert wird. Auch hier muss man sich aber das Kleingedruckte anschauen, dann sieht man, wie jetzt Kompensationen gezahlt werden. Das ist ein riesengroßes Ungleichgewicht. Die grüne Fraktion hatte gefordert, dass die Mittel, die durch die Streichung der Zuckeragrarexportsübventionen frei werden, zu einem großen Teil re-investiert werden, auch in Entwicklungsprojekte, um AKP-Staaten, das sind die Staaten in der so genannten „Dritten Welt“, die von den Zuckerquoten profitiert haben, bei der Umstellung auf andere Produktionsarten zu helfen. Jetzt ist es so, dass die europäische Zuckerindustrie und die europäischen Rübenbauern Kompensationsausgleichszahlungen von sechs Milliarden Euro bekommen. Sie fallen sehr weich, sie haben eine sehr lange Umstellungsunterstützung und Hilfe. Für alle AKP-Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik werden dagegen 40 Millionen Euro bereitgestellt. Aber nicht aus den jetzt frei werdenden Agrarexportsubventionen, die nicht mehr gezahlt werden, sondern aus dem Europäischen Entwicklungsfonds. Das sind Gelder, die sowieso schon eingestellt waren für die Entwicklungspolitik, für Aidsprojekte, für Hungerbekämpfungsprojekte, für Gesundheitsprojekte. Diese werden umdeklariert und diese mickrigen 40 Millionen Euro dürfen sich sämtliche AKP-Staaten teilen. Das ist symbolische Politik, da kommt dann letztendlich bei den Menschen nur ganz wenig an. Das ist der große Schwachpunkt in der Europäischen Union, die nicht vorhandene Kohärenz zwischen den hehren Zielen, die in der Entwicklungspolitik und bei großen Konferenzen und in Sonntagsreden bekundet werden, und der Praxis in anderen EU-Politikbereichen.

Zweites großes Paradebeispiel: Ich bin im Dezember in Hongkong auf der Welthandelskonferenz gewesen und dort ist dieser Zynismus schon oft nicht mehr zu ertragen. Bei den Eingangsstatements haben der EU-Handelskommissar Peter Mendelsohn und viele Minister der Europäischen Union alle eine Träne über die hohe Zahl der Hungertoten, über die mehr als 1,4 Milliarden Menschen, die täglich mit weniger als einem Dollar auskommen müssen, verloren und haben gesagt, die jetzt laufende Welthandelsrunde, die **Doha-Runde**, muss eine Entwicklungsrunde sein. Sie muss den Ärmsten zu Gute kommen. Und dann konnte man abends an der Bar hören, dass viele von denen, die solche Reden gehalten haben, dann sagten: „Das muss man sagen bei der Eröffnung. Wenn wir nach

Hause kommen und darüber Bericht erstatten, was wir bei diesen Verhandlungen rausgeholt haben, dann werden wir einzig und allein daran gemessen, was wir für unsere Volkswirtschaft an Benefiz erreicht haben.“ Und die Europäische Union, Weltmeisterin der Rhetorik, hat sich sehr entwicklungsfreundlich präsentiert. Auch im Entwicklungsausschuss haben wir die Vertreter des BMWI gehört und die haben gesagt, dass die Europäische Union auch für die Interessen der Entwicklungsländer kämpft. Aber kein einziges Entwicklungsland hat diese Rolle der Europäischen Union irgendwie gewürdigt. Im Gegenteil, in den Statements nahezu aller Repräsentanten der Entwicklungsländer wurde die Europäische Union scharf angegriffen und zwar aus folgendem Grunde: Die Entwicklungsländer werfen der EU vor, dass sie nur die Zugeständnisse macht, zu denen sie sowieso bereits verpflichtet war. So wurde zugesagt, die Agrarexportsubventionen zu reduzieren, wenn die Entwicklungsländer im Gegenzug zu sehr weit reichenden allgemeinen Zollsensenkungen im Industriegüterbereich und im Dienstleistungsbereich nach einer so genannten Schweizer Zollsensenkungsformel bereit wären, die ihnen mehr abverlangt als den Industrieländern. Damit wurde versucht, etwas als Entgegenkommen zu verkaufen, zu dem die EU bereits verurteilt war.

Zollsensenkungen können natürlich Effekte haben, die auch der Armutsbekämpfung dienen. Das ist nicht von vornherein kritisch zu sehen, aber es muss sehr differenziert angegangen werden. Man hat gesagt, die ärmsten, die allerärmsten Entwicklungsländer, sollen davon ausgenommen werden und weiterhin Schutzzölle erheben können. Aber diese absolut ärmsten Länder haben oft gar keine Industrie, die irgendwie noch schützenswert wäre, sondern sind meist reine Agrarstaaten. Und Länder wie beispielsweise Kenia, die zwar nicht mehr zu den allerärmsten Ländern zählen, aber gerade dabei sind, eine Industrie zu entwickeln und aufzubauen, die werden bei so einer einheitlichen Schweizer Zollsensenkungsformel übermächtiger Konkurrenz ausgeliefert. Es gibt mehrere Gutachten, die belegen: All das durchzusetzen, was die Europäische Union an Zollsensenkungspolitik gefordert hat, würde in vielen leicht aufstrebenden Entwicklungsländern zu einer Deindustrialisierung führen, weil sie einer solch übermächtigen Konkurrenz nicht Stand halten könnten. Also, es gibt einen ganz großen Bedarf, diesen Bereich der Entwicklungs- und Handelspolitik irgendwie in Einklang zu bringen.

Im Dezember war ich bei einem Treffen der EU-Entwicklungsausschussvorsitzenden in London. Dort war auch Louis Michel, der EU-Kommissar für Entwicklungspolitik. Als wir ihn auf die Welthandelskonferenz in Hongkong angesprochen hatten, merkten wir, dass wir in ein Wespennest gestochen hatten. Denn stets hat er sich sehr darum bemüht, die Europäische Union sehr kohärent darzustellen, aber man konnte ihm deutlich anmerken, dass er sehr verschupft darüber war, dass er nicht Teil der europäischen Delegation war, die in Hongkong verhandelt hat. Er musste zu Hause bleiben, trotz aller Bekundungen, wie stark der Handel zur Armutsbekämpfung eigentlich beitragen sollte. Also, von einer

kohärenten Position ist dies weit entfernt.

Selbst im Kerngeschäft der Entwicklungspolitik ist sie weit davon entfernt. Die Europäische Union hat eigene Delegationen in sehr vielen Entwicklungsländern. Die EU hat kürzlich auch einen europäischen Konsensus verabschiedet, ein Papier, in dem die **Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit** zusammengefasst sind. Auch dieses Papier liest sich sehr gut und man kann daran in der Theorie nichts aussetzen. Aber in fast keinem Land klappt es, dass sich wirklich die verschiedenen Akteure – die Mitgliedsstaaten, die dort über ihre Durchführungsorganisationen wie die GTZ oder die KfW in Deutschland oder der DFID Großbritannien vertreten sind und die Europäische Kommission – zusammensetzen und entscheiden, wer denn eigentlich was macht. Welche besondere Rolle nimmt die Europäische Union dabei ein? In der Praxis ist es doch meistens eher so, dass die Briten das eine machen, die Franzosen das andere machen, die Deutschen meinetwegen Grundbildung machen, die anderen Straßenbau machen und irgendeine Nische, die noch übriggeblieben ist, sucht sich die Europäische Kommission aus und macht praktisch wie ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union auch konkrete Entwicklungspolitik. Sehr viel sinnvoller wäre es, wenn die **Europäische Kommission eine moderierende, konzentrierende Funktion** übernehmen würde und **koordinieren** und Projekte anpacken würde, die einzelne Mitgliedsstaaten nur sehr schwer übernehmen können und damit dafür sorgen würde, dass es eine größere Harmonisierung der Geber gibt. Viele Länder in Afrika sind völlig überfordert, weil sie mit unglaublich vielen Staaten bilaterale Verhandlungen führen müssen und das erfordert unglaublich viele Kapazitäten. Auch in diesem Bereich gibt es also noch einen großen Bedarf, das mit Leben zu erfüllen, das sinnvollerweise und richtig im Papier steht.

Also: Theorie super klasse, Praxis mangelhaft.

## Podiumsdiskussion

### John Hontelez, Generalsekretär EEB Brüssel

Ich möchte gerne zu vier Punkten sprechen: kurz zu meiner Organisation, das EEB, das Europäische Umweltbüro, dann darüber, wie wir uns in der Vergangenheit und bis jetzt mit der Diskussion über die EU-Nachhaltigkeitsstrategie auf der europäischen Ebene beschäftigt haben, dann kurz über unsere Probleme mit dem Kommissionsvorschlag und viertens, was natürlich das Wichtigste ist, über unsere Vorschläge für diese Strategie.

Wir sind eine große Organisation mit 140 Mitgliedsorganisationen aus 31 Ländern. Darunter sind alle derzeitigen EU-Mitgliedstaaten und einige zukünftige Mitgliedstaaten. Wir existieren seit 1974 und es ist unsere Aufgabe, unsere Mitglieder darüber zu informieren, was in Brüssel im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeitsstrategie läuft und geplant ist, um

mit unseren Mitgliedern tatsächlich Einfluss zu nehmen. Wir sind schon seit langer Zeit mit nachhaltiger Entwicklung beschäftigt. Wir haben in den 1990er Jahren zwei Mal eine Kampagne geführt, um den Begriff der Nachhaltigkeitsentwicklung in den Europäischen Vertrag zu integrieren. Beim Maastricht-Gipfel ist uns das noch nicht gelungen, aber in Amsterdam 1997 ist es gelungen. Wir haben dann damit angefangen, mit den Ratspräsidentschaften darüber zu diskutieren, wie man die Nachhaltigkeit von einem Vertragsprinzip in eine Strategie umwandeln kann. Mit der Strategie von Göteborg von 2001 ist uns das schließlich gelungen. Wir haben einerseits natürlich immer mit anderen Umweltorganisationen zusammen gearbeitet. Andererseits haben wir seit 2000/2001 eine Koalition aufgebaut mit den europäischen Gewerkschaften, den Dachverbänden von europäischen Gewerkschaften und mit europäischen sozialen Nichtregierungsorganisationen. Und das ist für uns immer wichtig gewesen, denn viele Leute und Politiker sehen noch immer die nachhaltige Entwicklung als ein anderes Wort für Umweltpolitik und wir wollen auf diese Weise unterstreichen, dass nachhaltige Entwicklung auch **Lebensqualität, soziale Rechte** und **Arbeitsplätze** bedeutet. Seit 2001 haben wir permanent mit der „European Trade Unions Confederation“ und der „Platform of European Social NGOs“ zusammengearbeitet. Vergangene Woche haben wir eine große Veranstaltung in Brüssel organisiert, auf der wir auch mit Kommissionspräsident Barroso und mit Martin Bartenstein, dem damaligen Vorsitzenden des Wirtschaftsrates, über die Lissabon-Strategie gesprochen und darüber diskutiert haben, wie die Nachhaltigkeitsstrategie überprüft werden muss. Wir haben auch, wie schon gesagt, seit 2000 immer darauf gedrängt, dass der Lissabon-Prozess und die Nachhaltigkeitsstrategie zu einem Prozess integriert werden. Wir haben 2004 z.B. mit den Gewerkschaften und sozialen Organisationen konkrete Beispiele erarbeitet, wie man die beiden Strategien integrieren könnte. Wir haben ein Programm zur Investition in nachhaltige Entwicklung vorgelegt, das sich speziell auf Transport und Wohnungsbau konzentriert. Und wir haben auch 2004 ein erstes Folgen-Abschätzungs-Verfahren durchgeführt, wie es eigentlich mit der Göteborg-Strategie in der Praxis gelaufen ist. Daraus ist ein Buch mit 80 spezifischen Schwerpunkten entstanden, um die Kommission dazu anzuregen, eine neue Strategie vorzulegen. Das war nicht einfach, denn es gab die Auffassung, dass Lissabon viel wichtiger ist als die langfristige Nachhaltigkeitsstrategie und dass sich Lissabon nur auf Wachstum, Konkurrenzfähigkeit und Arbeitsplätze konzentrieren muss. Wir haben dann ziemlich erfolgreich im Rahmen der Beratungsgruppe von Wim Kok und später auch mit der luxemburgischen Ratspräsidentschaft einigen Einfluss darauf ausgeübt, wie man jetzt wenigstens im Europäischen Rat über das Verhältnis zwischen nachhaltiger Entwicklung und Lissabon denkt und das ist eigentlich noch immer ziemlich positiv.

Die bisherige Nachhaltigkeitsstrategie ist unserer Ansicht nach eine gute Strategie. Das Problem war, dass die Kommission sie drei Wochen vor dem Göteborg-Gipfel vorgeschla-

gen hat. Ich bin hier vor fünf Jahren noch im Bundestag gewesen, um die Kommission dafür zu verteidigen, dass sie vorgeschlagen hatte, 2010 die aus Sicht der Umweltverträglichkeit absolut unakzeptablen Energiesubventionen auszusetzen, natürlich einschließlich der deutschen Kohlesubventionen. Natürlich war es unmöglich, die Deutschen innerhalb von drei Wochen davon zu überzeugen und deswegen hat der Göteborg-Gipfel dann nicht alle Vorschläge der Kommission angenommen. Sie haben schon gehört, dass auch dann einige Bereiche nach vorne gebracht wurden: Klima, Transport, öffentliche Gesundheit und das Management der natürlichen Ressourcen. Aber das Interessanteste waren nicht so sehr die Details, sondern dass diese Nachhaltigkeitsstrategie wirklich die Dringlichkeit der Thematik unterstrich und auch, dass die Kommission ganz klar zu einer Vorreiterrolle für die EU aufrief. Sie sagte, man kann nicht immer warten, bis ein Konsens erreicht ist, sondern es ist ein so wichtiges Programm, dass man Entscheidungen treffen muss. Das war eigentlich die wichtigste Botschaft der Göteborg-Strategie. Aber fünf Jahre später kann man sagen, dass diese Strategie nicht so viel Einfluss auf die Wirklichkeit genommen hat.

Sie haben schon über Kyoto oder den Verkehr gesprochen, deswegen möchte ich an diesem Punkt gerne weitergehen. Die Kommission hat im Dezember in der Tat einen neuen Vorschlag gemacht. Er war nicht besonders originell, aber das Produkt eines harten, internen Kampfes. Das kann man natürlich nicht akzeptieren als einen Grund für die Qualität des Endprodukts. Für uns ist nur wichtig, was letztendlich herausgekommen ist. Ein halbes Jahr zuvor hat der Europäische Rat eine ganz interessante Erklärung zu den Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung publiziert. Dazu stand nicht viel in den Zeitungen, weil der EU-Gipfel, der dies entschied, über der Finanziellen Vorausschau gescheitert war. Doch dank des luxemburgischen Vorsitzes gab es auch diese Leitprinzipien. Und diese Erklärung ist sehr wichtig, weil sie noch einmal das Prinzip der beschränkten Möglichkeit, die Natur zu nutzen, unterstrichen hat. Außerdem wurden andere wichtige Prinzipien wie das **Vorsorgeprinzip** angesprochen und auch, dass man eigentlich nicht über drei, sondern über vier Dimensionen reden muss, wenn man über Nachhaltigkeit spricht. Nicht nur über Umwelt, Wirtschaft und Soziales, sondern auch über **Steuerung und Demokratie**. Deswegen ist das noch immer eine ganz wichtige Erklärung. Die Erklärung findet sich zwar im Anhang des Kommissionsvorschlages, aber wir sind doch nicht davon überzeugt, dass die Kommission sich durch diese Erklärung hat inspirieren lassen. Was wirklich an der Kommissionsmitteilung fehlt, ist genau das, was wir so wichtig fanden in der Strategie von 2001: dieses Gefühl von **Dringlichkeit** und einer **Vorreiterrolle** – es gibt kaum neue Vorschläge und es wird auch mehrfach, wenn man das Papier liest, alles an die Mitgliedstaaten zurück verwiesen. Wir haben Vorschläge formuliert, was die Mitgliedsstaaten alles tun müssen. Wir sind dann auch ganz froh dass die österreichische Ratspräsidentschaft die Vorbereitung der neuen Strategie so ernst nimmt, denn wir müs-

sen uns jetzt nicht damit beschäftigen, den Text der Kommission Wort für Wort zu kritisieren und abzuändern, sondern wir können ihn als einen Anfang nehmen. Aber eigentlich hat die österreichische Ratspräsidentschaft die Freiheit und auch die Möglichkeit, etwas ganz Neues zu schreiben. Natürlich ist es nicht ganz einfach, weil viele Mitgliedstaaten im Prinzip zwar auch für eine ehrgeizigere und interessantere Strategie sind, aber ob sich dann bei den Verhandlungen ein besserer Text durchsetzt, müssen wir noch sehen.

Wir haben den Kommissionsvorschlag zusammen mit neun weiteren Umweltorganisationen analysiert. Wir haben unsere eigenen Ideen daneben gesetzt und haben dies ein **„Programm für nachhaltige Entwicklung für die Europäische Union“** genannt, in dem wir über eine realistische und ambitionöse Nachhaltigkeitsstrategie schreiben. Das sind unsere Vorschläge für den Gipfel im Juni. Ich werde jetzt einige präsentieren, es sind insgesamt elf. Und es sind hauptsächlich Vorschläge, die sich mit dem Markt beschäftigen: Wie kann man den Markt so beeinflussen, dass er automatisch mehr oder weniger nachhaltige Entwicklung produziert? Der erste Vorschlag ist, damit haben sie in Deutschland ja schon Erfahrungen, die **Umweltsteuerreform**: Es gibt zwar Initiativen in den einzelnen Mitgliedstaaten, aber es gibt noch keinen Konsens darüber, was man denn wirklich in der EU, in allen Mitgliedstaaten, voranbringen muss. Wir schlagen vor, eine Art politischen Beschluss zu treffen, wie man das im Lissabon-Prozess oft macht. Wir sind gegen eine Richtlinie, denn wir haben leider das Problem, dass Richtlinien, die Steuern betreffen, im Rat immer Anonymität brauchen und das ist kaum möglich bei 25 Mitgliedstaaten. Man kann das versuchen, aber dann steht am Ende kaum etwas drin. Deswegen schlagen wir vor, das neue offene Koordinationsverfahren im Lissabon-Prozess zu benutzen, um eine politische Vereinbarung darüber zu treffen, zehn Prozent der Steuern weg von der Arbeit hin zur Umweltbenutzung zu verlagern.

Zweitens brauchen wir europäische Zielsetzungen für wichtige Produktgruppen und auch spezielle Abgaben und Subventionen. Beispiel **Beschaffungswesen**: Das niederländische Parlament hat vor zwei Monaten die Regierung beauftragt, bis 2010 100 Prozent des Beschaffungswesens nachhaltig zu gestalten und die Regierung hat das akzeptiert. Wir finden, das ist ein ganz gutes Beispiel, dem auch andere EU-Staaten folgen sollten.

Drittens muss das Geld der Europäischen Union systematisch für Nachhaltigkeit ausgegeben werden. Eine weitere, auf der europäischen Ebene schwierig weiter zu bringende Forderung ist die, auf der nationalen wie auf der EU-Ebene Schluss mit **Subventionen** zu machen, die die Situation für die Umwelt verschlechtern. Weitere Vorschläge sollen die Kommissionsvorschläge unterstützen. Wir wollen nicht nur mit Marktinstrumenten und wirtschaftlichen Instrumenten arbeiten, wir müssen auch Ziele setzen für Produkte, die Erneuerung stimulieren. Und wir finden, dass es auch zu einer nachhaltigen Strategie

gehört, dafür zu sorgen, dass die Umsetzung der existierenden Umweltgesetzgebung ernster genommen werden muss. Und dann letztendlich **Biodiversität**: es ist ein akzeptiertes Ziel, die Verschlechterung der Biodiversität bis 2010 zu stoppen – das ist ganz schwierig. Erstens muss man natürlich Natura 2000 völlig in die Praxis umsetzen, aber zweitens muss natürlich auch, wenn man über Infrastruktur, über Energieversorgung und ähnliche Themen redet, immer dieses akzeptierte Ziel berücksichtigt werden.

**Dr. Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU)**

Erst mal herzlichen Dank für die Einladung. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat sich mit dem Thema Nachhaltigkeitsstrategie, so weit ich mich erinnere, seit mehr als einem Jahrzehnt kontinuierlich beschäftigt. Das erste Mal intensiv in seinem Umweltgutachten 1994, in dem er dargestellt hat, wie man denn seriöser Weise zu guten Umweltqualitätszielen und entsprechenden Umwelthandlungszielen kommt. Das ist ja der Kern dessen, was ursprünglich im Nachhaltigkeitsdiskurs angedacht war: nämlich Ziele zu setzen und auf der Basis von Zielen sehr komplexe Prozesse zu koordinieren, in dem man ihnen eine Orientierung gibt, wohin die Reise gehen soll. Wir haben uns nach 1994 im Gutachten 2000, 2002, 2004 mit dem jeweiligen Fortschrittsstand der entsprechenden nationalen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategien sehr intensiv auseinander gesetzt und wir haben auch zu den wichtigsten, zumindest umweltrelevanten, Themenbereichen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie sehr differenzierte Konzepte und Stellungnahmen ausgearbeitet – Klimaschutz, Biodiversität, Ressourcen etc. Ich will nun jetzt nicht inhaltlich zu all diesen Konzepten dilettieren, weil man dazu doch mehrere Stunden bräuchte. Ich will nur versuchen, eine Frage zu beantworten und die lautet: Welchen Status hat eigentlich dieses Dokument, diese Mitteilung der Europäischen Kommission? Was kann man damit anfangen, was kann man vielleicht auch nicht damit anfangen?

Und diese Annäherung möchte ich in vier Thesen versuchen:

1. Es gibt „noch“ keine europäische Nachhaltigkeitsstrategie und es wird zunehmend zweifelhaft, ob die Barroso-Kommission je gewillt ist, eine vorzuschlagen.

Es handelt sich ja, wie man aus dem Titel leicht erkennen kann, nicht um einen Vorschlag der Kommission zur Nachhaltigkeitsstrategie, sondern es wird ein etwas unverbindlicherer Titel gewählt: „On the review of the system development strategie“ – also wir denken einmal über eine Rückschau nach. Und zwar über eine Rückschau, über etwas, was es bei genauer Betrachtung ja noch gar nicht gibt. Es gibt einen Kommissionsvorschlag aus dem Jahr 2001 über eine Nachhaltigkeitsstrategie und eine Meinungsäußerung der Regierungschefs in Göteborg dazu. Die Meinungsäußerung sagt: „Ok, Ihr habt gute Themen ausgewählt, Ihr habt auch einige Ziele dort formuliert, die wir auch mittragen können,

z.B. das Biodiversitäts-Ziel“ – ein nicht messbares Ziel nebenbei. Und ansonsten wurde die Kommission beauftragt, nun doch mal weiterzuarbeiten an dem Nachhaltigkeitsthema, und das hat sie in den letzten vier Jahren auch durchaus gemacht. Sie hat eine Reihe von Mitteilungen und Reflexionsprozesse formuliert. Ich würde das alles als eine Serie von Tast-Prozessen und Tast-Versuchen auf das hin interpretieren, was auf europäischer Ebene als Nachhaltigkeit akzeptabel sein könnte. Aber wir sollten nicht der Fiktion unterliegen, dass wir hier schon über eine Strategie reden. Die gibt es noch nicht. Und die Frage ist, ob es sie in absehbarer Zeit geben wird.

Was zudem auffällt – und ich beschäftige mich seit ungefähr 20 Jahren mit europäischer Politik: es gibt jetzt einen neuen Typus von Dokument. Nämlich den Typus der **Aktionsplattform**. Ich kenne Grünbücher, Weißbücher, aber was ist eine Aktionsplattform? Ich hab bei Google nachgeschaut, was denn so als Aktionsplattform auftaucht und siehe da, es ist als häufigste Meldung die Pekinger Aktionsplattform erwähnt worden, die vor etwa zehn Jahren formuliert worden ist mit dem Ziel einer Gleichstellung von Frauen und Männern. Es ist also ein Instrument, das aus dem UN-Zusammenhang kommt, wo es keine Hierarchie gibt, wo man niemandem sagen kann, wo es lang gehen soll, wo alles eigentlich auf der Basis der Selbstverpflichtung der Akteure, die sich dort zusammenfinden, geschehen soll. Und das ist vielleicht der Typus von Aktionsplattform, der hier gemeint ist. Also eine Art **Selbstverpflichtung** von Staaten, von Wirtschaft und von NGOs auf gewisse gemeinsame Grundwerte. Das Papier der Kommission ist dann so etwas wie ein Werben für einen Grundkonsens aller Akteure. Das erinnert sehr stark an den Rio-Prozess von 1992. Um es zugespitzt zu sagen: das fällt meilenweit hinter die institutionellen Möglichkeiten der Europäischen Union zurück. Die Europäische Kommission kann ja auch Gesetze vorschlagen, sie kann wesentlich verbindlichere Prozesse auslösen, als das was hier zur Diskussion steht. Es ist zumindest ein Abschied von dem Verständnis für Nachhaltigkeit, wie wir es noch in den 1990er Jahren entwickelt haben als einen Prozess zielorientierter Politik. Das führt mich dann zur zweiten These:

2. Die Orientierungskraft oder gar Steuerungswirkung eines solchen Prozesses sind schwach, die eigentliche Dynamik ist, wenn überhaupt, eher aus den jeweiligen Fachpolitiken heraus zu erwarten.

Ich habe den Eindruck, dass es sich bei dem Papier um den Ausdruck eines institutionell und politisch sehr schwachen Prozesses handelt. Der Rat hat ja im Juni letzten Jahres der Kommission noch ein ehrgeiziges Mandat mitgegeben mit Zielen, Indikatoren, Maßnahmen, mit längerfristiger Perspektive. Formal gesehen, rein buchhalterisch gesehen, ist das auch umgesetzt worden. Im Anhang gibt es Ziele und Indikatoren und Maßnahmen, alles ist drin. Aber das, was ursprünglich gemeint war, nämlich Orientierung zu geben für einen mittelfristigen Zeitraum, sagen wir mal bis 2020/2030, das leistet dieses Papier

nicht. Was es leistet, ist eine **Bündelung**. Es ist eine Bündelungsübung von vorhandenen Strategiepapieren, von Programmen, Maßnahmen, die anderswo schon beschlossen worden sind. Und das lässt mich folgern: Eines ist klar, die eigentliche Musik spielt gar nicht auf der Ebene dieses Nachhaltigkeitsprozesses, die eigentliche Musik, der eigentliche Schauplatz, das sind die jeweiligen **Fachpolitiken**: Klimaschutzpolitik, Naturschutzpolitik etc. Dort finden die Auseinandersetzungen statt. Deshalb ist auch das Design dieser Anhörung relativ klug gewesen, nach dem nämlich die Fachpolitiker erst einmal ihre Meinung gesagt haben. Und erst wenn diese Auseinandersetzungen zu einem Ergebnis geführt haben, z.B. zu einem Ziel nach Kyoto, nach 2012, wird das auch in die Nachhaltigkeitsstrategie Einzug halten. Es wäre vermutlich illusorisch zu erwarten, dass es anders herum läuft, dass diese Nachhaltigkeitsstrategie schon eine Festlegung für nach 2012 trifft, die die Klimapolitiker noch nicht getroffen haben. Wenn man es polemisch zuspitzt, würde ich sagen: Was hier passiert, ist, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs eine fachpolitische Debatte auf dilettantischem Niveau fortsetzt. Und er kann es nicht anders machen, als es auf dilettantischem Niveau fortzusetzen, weil die Eigenkomplexität dieser einzelnen Themen schon so hoch ist. Wenn wir zum Beispiel über ein geeignetes Klimaschutzregime nach Kyoto nachdenken und die entsprechenden Ansatzpunkte dieser verschiedenen Strategien nehmen, das ist so komplex, das kann man auf dieser abstrakten Metaebene der Nachhaltigkeitsstrategie gar nicht richtig abhandeln. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist also nicht wirklich ein Dach, und wenn es ein Dach ist, dann habe ich schon die Befürchtung, dass es vielleicht doch reinregnen könnte. Aber es ist, und das würde ich dann positiv sagen, es ist dennoch so etwas wie ein argumentativer Bezugsrahmen für die Fachpolitiken. Also wenn ich eine fachpolitische Auseinandersetzung habe, dann kann ich immer auch darauf zurückgreifen, dass da ein guter Satz in der Nachhaltigkeitsstrategie steht. Und da stehen dann auch einzelne gute Sätze, die würde ich dann auch immer wieder zitieren. Da steht zum Beispiel, dass **Verkehr und Wachstum entkoppelbar** sind. Das ist für deutsche Verhältnisse eine Denkrevolution, nachdem diese Erkenntnis ja schon mal da war und wieder in Vergessenheit geraten ist. Es stehen auch viele grundsätzlich gute Gedanken drinnen, z.B. der Grundgedanke einer **ökologischen Steuerreform**. Das sind ja alles Sachen, die jetzt auf europäischer Ebene auch aktuell-politisch nicht durchsetzbar sind, aber doch so etwas wie einen Überwinterungsplatz auf europäischer Ebene haben, eine Nische, wo man immer wieder auf solche grundsätzlichen Ideen zurückgreifen kann und hier sehe ich den eigentlichen Mehrwert dieser Strategie. Damit komme ich zu meiner dritten These:

3. Die radikale Rücknahme des Anspruchs des europäischen Nachhaltigkeitsprozesses ist Ausdruck zum einen der „neuen politischen Konstellation“ in der EU, zum anderen auch der strukturellen Grenzen „ganzheitlicher“ Politikansätze in der EU.

Gegenüber 2001 und natürlich auch gegenüber den Erwartungen muss man das Ganze als einen Rückschritt bewerten, und ich würde mal gerne zwei Erklärungen anbieten. Die eine ist banal: Wir leben in einer neuen politischen Konstellation, Rot-Grün ist abgewählt worden. In den meisten Regierungen steht Wirtschaftsnähe, Bürokratieabbau, Entfesselung der Marktkräfte, Eigenverantwortung ganz groß auf der Tagesordnung. Und vor dieser Programmatik ist vielleicht sogar das, was wir hier im Dokument haben, schon fast bemerkenswert, weil es nämlich ökologische und soziale Ziele noch zumindest im Grundsatz hochhält.

Der zweite Punkt ist aber vielleicht auch, dass sich mit dieser Strategie so etwas wie eine Einsicht in die Realität bekundet. Nämlich, dass ganzheitliche Strategien, die alles miteinander verkoppeln und vernetzen, dass das etwas extrem Anspruchsvolles ist und vielleicht auch das politische System der Europäischen Union überfordert. Der Fortschritt der europäischen Integration bisher – der Verfassungsentwurf wollte etwas anderes machen – fand aber nach der Methode Monnet statt. Das heißt, kleinschrittiger Wandel in den Fachpolitiken. Die Fachpolitiker, die Fachnetzwerke sind die Motoren der europäischen Integration, denn da sitzen die Leute zusammen, diskutieren miteinander und stellen fest: In bestimmten Sachen sind sie sich einig und dann passiert etwas. Das führt mich wiederum zu dem Punkt zurück: die eigentliche Musik spielt auf der Fachebene. Es gibt hier aber etwas sehr Interessantes in der Nachhaltigkeitsstrategie, das wäre mein vierter Punkt:

4. Die größte Gefährdung des Nachhaltigkeitsprozesses kommt aus der Debatte um „better regulation“ und um das „Impact Assessment“

Es wird ja anerkannt: die Nachhaltigkeitsstrategie oder der Nachhaltigkeitsprozess soll das übergeordnete Ziel sein. Also wird doch so etwas nahe gelegt wie eine Hierarchie von Lissabon und Nachhaltigkeitsstrategie. Dann gibt es aber einen anderen Prozess und den würde ich als Trojanisches Pferd dieses Prozesses betrachten und das ist das Thema **Gesetzesfolgenabschätzung**. Bei der Gesetzesfolgenabschätzung gibt es eine enorme Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit. In der Theorie ist es klar, wenn wir eine systematische Abwägung haben, eine systematische Analyse über alle Nebenfolgen einer geplanten Politik, eines geplanten Programms, dann haben wir eine besser informierte Entscheidung und dann ist die Hoffnung da, dass die Entscheidung auch besser ist. Dann können wir die Umweltfolgen analysieren, die ökonomischen Folgen etc. und am Schluss können wir dann besser informierte Entscheidungen treffen. In der Praxis, und das haben wir im Rahmen des Netzwerkes europäischer Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) ausgewertet, sieht man eine ganz deutliche Asymmetrie. Die europäische Umweltpolitik wird seit einigen Jahren äußerst scharf auf der Basis von Kosten-Nutzen-Analysen auf ihre ökonomischen Wirkungen hin überprüft und muss sich dort auch rechtfertigen. Und

sie hat diese auch vielerorts bestanden. Aber auf der anderen Seite wird bei den anderen Politiken die Umweltdimension nicht gründlich analysiert. Sie wird teilweise vernachlässigt, interessanter Weise auch bei dem vorhin erwähnten Thema Biokraftstoffe: die Umweltfolgen der europäischen Biokraftstoffstrategien sind überhaupt nicht analysiert worden. Das ist ein Beispiel von sehr vielen. Hier ist eine ganz deutliche Asymmetrie da und diese Asymmetrie geht eigentlich faktisch in Richtung des amerikanischen Modells des „regulatory **impact assessments**“, wo eigentlich nur noch die Auswirkungen auf die Wirtschaft untersucht werden, aber keine ganzheitliche Überprüfung stattfindet. Hier muss man sehr deutlich ein Auge drauf werfen.

### **Ausblick**

Was kann man bei dieser Analyse empfehlen? Vielleicht zwei, drei Punkte: die Revitalisierung der Nachhaltigkeitsstrategie sollte eigentlich von unten und von außen kommen. Von unten heißt, man muss auf die Fachpolitiken setzen, von außen d.h. auf konstruktive Vorschläge aus dem Bereich der NGOs, der Gewerkschaften, auch ambitionierter Regierungen. Heute Morgen ist von Günter Bachmann der schöne Begriff des **regulativen Wettbewerbs** gefallen. Das stimmt, die Messlatte bilden ja die Nachhaltigkeitsstrategien derjenigen Länder, die hier auch etwas Verbindliches erreichen wollen und da gibt es ja einiges Vorzeigbares, vor allem auch die deutsche oder die britische Nachhaltigkeitsstrategie. Diese bilden so ein Stück weit die Orientierungen, auf deren Basis man versuchen kann, den europäischen Prozess wieder zu revitalisieren und nachzubessern. Was eigentlich ansteht, ist eine Agenda in diesen Themenfeldern für die Jahre 2020 und 2030 – es muss also eine mittelfristige Agenda sein, die auch eine Orientierung gibt, die auch Perspektiven gibt, auch für die Innovationsentwicklung der Wirtschaft und das steht immer noch aus und da müssen wir noch lange dran arbeiten.

### **Barbara Steffner, Vertretung der Europäischen Kommission, Berlin**

Danke noch mal für die Einladung, dass ich hier als Vertreterin der Kommission die Gelegenheit habe, ihnen kurz einige Hintergründe für die Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie darzulegen. Ich möchte für meinen kurzen Beitrag nicht noch einmal die sechs Themenfelder erläutern, sondern vier übergreifende Themen ansprechen. Zum Einen möchte ich noch einmal versuchen zu erklären, welche Ziele die Europäische Kommission mit ihrem Vorschlag für eine überarbeitete EU-Nachhaltigkeitsstrategie, den sie im Dezember vorgelegt hat, global verfolgt. Zum Zweiten möchte ich der Frage nachgehen, wie es mit der Integration von Nachhaltigkeitszielen in anderen Politikbereichen aussieht. Der dritte Bereich ist für mich die Frage, wie es denn mit der nationalen Ebene aussieht? Wie wird sie einbezogen? Wie sieht das Verhältnis zwischen europäischer und nationaler

Nachhaltigkeitsstrategie aus? Und viertens, möchte ich kurz noch mal zur Umsetzung und zum Monitoring kommen. Bevor ich damit beginne, möchte ich gerne eine kurze Vorbermerkung machen.

### **Ist die überarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie ehrgeizig genug?**

Mir ist bewusst, dass viele Teilnehmer hier, wahrscheinlich die Mehrzahl, den Kommissionsvorschlag als nicht sehr ambitioniert ansehen und auch der Auffassung sind, dass er der Aufforderung des Rates an die Kommission, eine ehrgeizige Strategie vorzulegen, nicht ganz gerecht wird. Ich möchte allerdings auch zu bedenken geben, dass der Kommissionsvorschlag selbst das Ergebnis sehr langer und auch sehr heftiger interner Verhandlungen gewesen ist, wo es eben galt, unterschiedliche Interessen auszugleichen. Auch Viele in der Kommission, nicht zuletzt die Vertreter der Generaldirektion Umwelt, hätten sich sicherlich eine ehrgeizigere Strategie gewünscht und haben alles dafür getan, das Mögliche im gegenwärtigen Kontext zu erreichen. Und um es mit den Worten von Umweltkommissar Dimas zu sagen: sie haben wahrscheinlich das Beste erreicht, was unter den gegenwärtigen Umständen möglich war. Dass keine Ziele definiert werden, ist dagegen nicht richtig. Man muss in den **Anhang II** der Mitteilung sehen, in dem eine **Palette von Zielen** definiert ist. Dass jetzt keine weitergehenden Ziele im Kommissionsvorschlag enthalten sind, kann man damit erklären, dass wir in den meisten Bereichen, in denen wir uns Ziele gesetzt haben, sehr weit davon entfernt sind, diese zu erreichen. Was den Klimaschutz betrifft, also die Erreichung der Kyoto-Ziele, könnten wir erfolgreich sein, eventuell auch, was die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrsaufkommen betrifft. Aber was unsere Ziele im Bereich erneuerbare Energien, was die Ziele im Bereich Artenvielfalt, um nur einige Beispiele zu nennen, betrifft, sind die Trends negativ. Vielleicht ist gerade die Tatsache, dass wir an den gegenwärtigen Zielen festhalten, ein Hinweis auf den Ehrgeiz der Strategie als solche. Und es sollte eben auch nicht vergessen werden, dass Nachhaltigkeit nicht nur eine Frage des Umweltschutzes ist. Es geht darum, unsere ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu erreichen, indem Synergien gestärkt und Zielkonflikte reduziert werden. Trotzdem bleibt die Nachhaltigkeit das übergeordnete Politikziel der EU, an dem sich alle Politiken zu orientieren haben, und es geht darum, Verhalten und Verbraucherverhalten zu ändern. Soweit meine Vorbermerkungen.

### **Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie**

Nun möchte ich darauf eingehen, welche Ziele die Europäische Kommission mit der überarbeiteten Strategie verfolgt. Der im Dezember veröffentlichten Mitteilung vorausgegangen sind eine Bewertung der Fortschritte und ebenfalls ein sehr umfangreiches Konsultationsverfahren aller betroffenen Parteien. Dabei wurde eine Reihe von Schwächen festgestellt, denen die Kommission versucht hat, in ihrer Mitteilung zu begegnen. Das eine Ziel

ist dabei, **Prioritäten und Aktionen stärker zu fokussieren** und zwar auf jene Bereiche, in denen ein politischer Impetus am notwendigsten ist – jene sechs Felder, die bereits behandelt worden sind. Weiter versucht die Kommission in ihrer Mitteilung, die **interne und die externe Dimension von nachhaltiger Entwicklung** besser aufeinander abzustimmen und in einem Dokument zu vereinen. Bisher gibt es unterschiedliche Ratsbeschlüsse dazu. Nun sind diese in einem Prozess vereinigt. Und schließlich schlägt die Mitteilung auch einen **stärkeren Steuerungs- und einen stärkeren Überwachungsprozess** vor. Dazu sage ich dann gleich einige Worte.

### **Integration von Nachhaltigkeitszielen in andere Politikbereiche**

Wie sieht es nun aus mit der Frage Integration von Nachhaltigkeitsthemen in Politikbereiche wie Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Außenpolitik – einem wesentlichen Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie? Man kann sagen, dass die Nachhaltigkeitsstrategie wahrscheinlich an sich gesehen das einzige Strategiedokument ist, das diese Integration ernsthaft versucht. Das wichtigste Werkzeug für die Kommission dafür ist das **Folgenabschätzungsverfahren**. Das heißt, dass für alle neuen, umfassenden Gesetzesvorschläge ein detailliertes Folgenabschätzungsverfahren vorgenommen wird, um Folgen für die Wirtschaft und für die Umwelt, aber auch die sozialen Kosten, zu ermitteln. Die Kommission führt nach wie vor ein integriertes Folgenabschätzungsverfahren. Die meisten von Ihnen hier wissen wahrscheinlich, dass der Druck nicht zuletzt auch von der Regierung Schröder, aber auch zum Beispiel von der britischen Regierung, in der letzten Zeit sehr stark war, die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund zu rücken. In diesem Zusammenhang möchte ich auch einige Worte sagen zum Verhältnis zwischen der Nachhaltigkeitsstrategie und der Lissabon-Strategie, also der Strategie, die Wachstum und Beschäftigungsförderung zum Ziel hat. Sehr oft wurde hier darüber gesprochen, ob sich diese Strategien widersprechen oder harmonisieren und ob die beiden Strategien zu einer werden oder getrennt bleiben sollten. Fakt ist, es gibt zwei getrennte Strategien und Fakt ist auch, dass Nachhaltigkeit das übergeordnete Politikziel ist, das heißt, dass sowohl die Nachhaltigkeitsstrategie als auch die Lissabon-Strategie dazu beitragen sollten, den Zielen der Nachhaltigkeit gerecht zu werden. Es gilt aber auch, dass wir für eine nachhaltige wirtschaftliche Weiterentwicklung auch eine gesunde Wirtschaft brauchen, die zwei Dinge einander bedingen. Deshalb möchte ich vor allem auf **Umwelttechnologien, Ökoinvestitionen** oder auf das **Grüne Beschaffungswesen** hinweisen. Diese können einen starken Impuls für die Erneuerung der Wirtschaft, für die Wettbewerbsfähigkeit und für die Innovation bieten. Dies wird auch in den meisten Lissabon-Reformprogrammen, die von den nationalen Regierungen Ende letzten Jahres erstellt worden sind, anerkannt und die meisten von ihnen enthalten nachhaltigkeitsbezogene Ziele unter ihren wichtigsten Zielen.

## Die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien

Als nächstes will ich mich der Frage zuwenden: Wie können die Mitgliedstaaten in die Umsetzung der Strategie besser einbezogen werden, so dass nicht das Gefühl auftritt, hier gibt es eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie und die nationale Ebene ist total davon abgekoppelt? Ein wichtiger Fakt ist ja, dass ein großer Teil der Maßnahmen in der Strategie von den Mitgliedstaaten selbst umzusetzen ist und die Europäische Kommission hofft, dass wenn die Strategie endgültig vom Rat im Juni verabschiedet wird, klar festgestellt wird, dass auch die Mitgliedstaaten das Notwendige tun, dass **marktbasierte Instrumente** stärker zum Zug kommen und dass **Subventionsregime** reformiert werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die europäische Strategie besser mit den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien verzahnt werden soll. Es wird ein Prozess vorgeschlagen, wie die nationalen Strategien im Lichte der europäischen Strategie überarbeitet werden können. Dies soll durch eine **peer review** geschehen, das heißt nationale Strategien sollen von anderen Mitgliedstaaten und auch teilweise von internationalen Experten bewertet werden und gemäß des Inputs, den man von diesen Ländern, von diesen Experten erhält, überarbeitet werden, um sie dann besser auf europäische Ziele auszurichten. Die Europäische Kommission hofft, dass sich viele Mitgliedstaaten daran beteiligen werden und hat ein Handbuch dazu veröffentlicht, wie so ein Prozess durchzuführen wäre und wir hoffen, dass es von den Mitgliedstaaten benutzt wird, obwohl es ihnen natürlich frei steht, das zu tun.

## Umsetzung und Überwachung

Schließlich die Umsetzung und Überwachung: auch dies ist ein Bereich, der dafür kritisiert worden ist, zu wenig ambitioniert zu sein. Die Kommission schlägt in ihrer Mitteilung vom Dezember vor, dass alle zwei Jahre ein **Umsetzungsbericht** erstellt wird und in diesem Umsetzungsbericht sollen die Fortschritte in Bezug auf die ausgewählten Nachhaltigkeitsindikatoren gemessen werden. Aufbauend auf diesem Bericht soll es dann wiederum eine breite Diskussion im Rat, im Parlament, aber auch im Wirtschafts- und Sozialausschuss und im Ausschuss der Regionen geben. Weiter will die Europäische Kommission auch alle Nichtregierungsakteure mit einbeziehen, insbesondere Unternehmen, aber auch die Sozialpartner, und die regionale und die kommunale Ebene sollen über den Ausschuss der Regionen beteiligt werden. Denn ein Ziel ist auch, eine Verhaltensänderung und eine Veränderung des Produktionsverhaltens anzustoßen. Und da gilt es, alle Beteiligten oder alle möglichen Akteure in diesen Prozess einzubeziehen. Die Vorschläge in diesem Bereich sind noch relativ allgemein gehalten und zugegebenermaßen könnten sie auch noch ausgestaltet und verbessert werden. Wir hoffen, dass das jetzt im Rahmen der Diskussionen im Rat oder mit dem Europäischen Parlament noch besser gemacht wird.

## Fazit

Mein kurzes Fazit: das Dokument lässt sich sicherlich verbessern und ehrgeiziger gestalten, gerade was den **Umsetzungs- und Steuerungsprozess** betrifft. Die österreichische Ratspräsidentschaft behandelt die Strategie als eine ihrer Prioritäten. Wir sind sehr froh, dass die Annahme einer überarbeiteten Strategie in die Präsidentschaft Österreichs fällt. Es ist kein sehr einfaches Unterfangen, denn angesichts der vielen Themen wird es in neun unterschiedlichen Ratsformationen behandelt und das Ganze dann wieder zusammenzubündeln, wird sicherlich ein großer Kraftakt sein.

Abschließend möchte ich noch betonen, dass die Nachhaltigkeitsstrategie eine übergeordnete Strategie ist, sie speist sich aus den **Fachpolitiken**. Hier möchte ich vor allem auf die **thematischen Strategien im Umweltbereich**, aber auch auf das **Grünbuch Energie**, das letzte Woche veröffentlicht worden ist, verweisen. Darin steht zum Beispiel das Ziel der Nachhaltigkeit als erstes vor der Wettbewerbsfähigkeit und der Energiesicherheit. Und hier ist so zu sagen quasi über den Umweg der Energiesicherheit – nicht zuletzt der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat hier eine wichtige Rolle gespielt – die Notwendigkeit, massiv in die erneuerbaren Energien zu investieren und sie durch eine geeignete Politik zu fördern, stärker im allgemeinen Bewusstsein angelangt. Es gilt also nicht nur, alleine auf die Nachhaltigkeitsstrategie zu setzen, sondern auf die vielen anderen Ansätze und deshalb ist auch mein Rat, die Teilbereiche der Nachhaltigkeitsstrategie fest im Auge zu behalten und an deren Weiterentwicklung zu arbeiten. Soweit mein Beitrag. Vielen Dank.

## **Dr. Thomas Jostmann, European Chemical Industry Council (Cefic)**

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass ich heute die Gelegenheit habe, den Blickwinkel der europäischen Chemieindustrie mal ein bisschen näher darzustellen. Man muss nicht Augur sein und man muss nicht in eine Kristallkugel hineinschauen, um in die Zukunft sehen zu können, was die großen Herausforderungen für die Menschheit sind. Ich habe hier eine Liste von insgesamt zehn Top-Ten-Prioritäten und viele davon sind heute schon genannt worden. Einige wenige möchte ich ein bisschen intensiver beleuchten.

Gerade **Energie** ist ein wesentliches Thema, da auch die chemische Industrie ein großer Energieverbraucher ist und Erdgas- und Ölressourcen gleichzeitig als Rohstoffbasis genutzt werden; aber das heißt nicht, dass das auf Jahrzehnte und Jahrhunderte weitergehen kann. Wir sind uns dessen bewusst und arbeiten bereits daran. Dass natürlich auch hier eine politische Abhängigkeit existiert, wurde vorhin schon einmal angesprochen. Gashähne sind relativ einfach abzudrehen und insofern sind wir als europäischstämmige Industrie immer wieder auf der Suche, von solchen politischen Querelen möglichst unabhängig zu sein.

**Wasser** ist sicherlich ein Thema, das in Zukunft die politischen Gemüter sehr hoch schwingen lässt. Wenn man sich vor Augen führt, dass gerade Israel in hohem Maße abhängig ist von Wasserimporten aus der Türkei, dann kann man sich die politische Brisanz des Themas durchaus vorstellen und – wie vorhin schon erwähnt – dann werden die nächsten Kriege nicht über Ölreserven, sondern über Wasserreserven geführt werden.

**Ernährung** ist ein weiteres wesentliches Thema aufgrund der wachsenden Bevölkerung: im Jahr 2000 gab es sechs Milliarden Menschen auf der Erde, im Jahr 2050 werden es zwischen acht und zehn Milliarden sein. Das ist nicht nur eine Herausforderung an die Menschheit, sondern das ist ein Riesenproblem, das wir vor der Nase haben und daran müssen wir arbeiten.

Darüber hinaus gibt es natürlich auch Themen, die sich unmittelbar mit dem Fußabdruck der Industrie und der Menschheit auf dem Globus beschäftigen. Da geht es um Umweltschutzgedanken, wie viele **Ressourcen** können wir und wie viele Ressourcen dürfen wir nachhaltig nutzen, um letztendlich auch nachhaltig wirtschaften zu können. Wie gehen wir um mit der ungleichen Verteilung von **Reichtum und Armut** in der Welt, welche Schwierigkeiten gibt es mit **Terror und Krieg**, die sich unter Umständen mit den beiden vorgenannten Themen in Einklang bringen oder verknüpfen lassen. Ein aktuelles Thema ist: Welche **Pandemien** sind möglich und wie können wir gegebenenfalls entsprechende Antworten oder Lösungen für derartige Probleme finden? **Ausbildung, demografische Entwicklung und Bevölkerung** sind heute schon sehr oft angesprochen worden und ich

glaube, die Chemie ist ein wesentlicher Bestandteil für Lösungen, die sich langfristig erarbeiten lassen.

Wir benötigen eine europäische Nachhaltigkeitspolitik, die nach unserem Dafürhalten auf allen drei Säulen im gleichen Maße fußen muss. Als eine der grundlegenden Forderungen der Lissabon-Strategie sollen **Ökologie, Sozialpolitik und auch Ökonomie in gleichem Masse gefördert** werden. Diese Problematik ist heute auch schon mehrfach aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet worden und die chemische Industrie innerhalb Europas sieht hier die Ausgewogenheit aller drei Ziele als unabdingbare Voraussetzung, um Nachhaltigkeitspolitik betreiben zu können.

Wir haben bereits seit etlichen Jahren mit dem Thema Nachhaltigkeit und der Annahme verschiedener Entwicklungen gearbeitet. Erst zu Beginn dieses Jahres wurde die „Responsible **Care Initiative**“ der chemischen Industrie auf dem Umweltminister-Gipfel in Dubai noch einmal neu bestätigt und als neues globales Programm aufgelegt. Unser Ziel ist es, mit der „Global Responsible Care Charter“ die nachhaltige Entwicklung und den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen als integralen Bestandteil der Unternehmenswerte und -steuerung in der chemischen Industrie weltweit zu etablieren. Cefic, wie vorhin schon erwähnt, ist die europäische Plattform für diese nachhaltige Chemie. Dazu kommt gleich noch ein bisschen mehr.

Dann gibt es freiwillige Verpflichtungen zur Energieeffizienz, es gibt ein Trainings- und Ausbildungsprogramm innerhalb der Industriepartnerschaft, das wir im Rahmen des Sozialdialoges gemeinsam mit den Gewerkschaften und auch über die Chemieindustrie hinaus mit anderen Industriezweigen durchführen. Und es gibt das „**Global Product Strategy Program**“, das als Flaggschiff der „Global Responsible Care Charta“ fungiert. Wir haben an etlichen Themen schon jahrelang gearbeitet; wir haben das Abfallaufkommen seit dem Jahr 2000 um 15 Prozent reduziert, die Luftemissionen sind deutlich reduziert worden. Auch die Wasserbelastungen sind deutlich reduziert worden, im Vergleich zu 1999 wurde die Stickstoffbelastung um 15 Prozent, die Phosphoremission um 18 Prozent, der chemische Sauerstoffbedarf wurde ebenfalls um 18 Prozent reduziert. Und die Schwermetall-emission wurde um ganze 20 Prozent reduziert. Sie sehen also, selbst in den letzten fünf Jahren sind deutliche Reduktionen sowohl im Wasser- als auch im Umweltgeschehen und Abluftgeschehen gefördert worden. Darüber hinaus gibt es bereits eine Entkopplung von Produktion und Energiebedarf. Bezogen auf das Bezugsjahr 1980 haben wir eine Reduktion des Energieeinsatzes um den Faktor zwei erzielt. Das heißt, wir haben mit gleichem CO<sub>2</sub>-Aufwand im Grunde genommen eine Verdopplung der Produktion bei halbiertem Energieeinsatz hinbekommen. Das ist eine Nachhaltigkeit, die ihresgleichen sucht innerhalb der Industrie. Die CO<sub>2</sub>-Emission ist um acht Prozent reduziert worden, im gleichen Zeitraum ist die Chemieproduktion um 38 Prozent gestiegen. Wir haben also in diesem

Zeitraum das Kyoto-Ziel bei weitem übertroffen und sind im Prinzip bereits soweit, dass wir die Forderung des EEB schon fast erfüllt haben.

Schließlich möchte ich kurz auf Nachhaltigkeit ohne die richtigen **Rahmenbedingungen** als „mission impossible“ zu sprechen kommen. Dies möchte ich gerne anhand von zwei Beispielen erläutern, die wir im Rahmen unseres Programms zur nachhaltigen Entwicklung und im Rahmen des „**SusChem-Program**“ bearbeiten. Beim ersten Beispiel handelt es sich um eine **Bio-Anlage**, in der wir mit nachwachsenden Rohstoffen nicht nur biologisch basierte Chemieprodukte herstellen wollen, sondern gleichzeitig auch eine Kopplung mit „Bio fuel“ – also der Nutzung biologisch nachwachsender Energieträger – erreichen wollen. Das sind Themen, die in der SusChem-Plattform bearbeitet werden. Ein weiteres Beispiel ist das **Null-Energie-Haus**: die Fassade ist mit Solarpanelen belegt, es gibt Bewegungssensoren und Antriebsmodule, die letztendlich die Energie generieren und es gibt eine Wasserstofftechnologie im Haus, so dass das ganze Haus als Null-Energie-Haus bereits Realität sein kann. Das sind einzelne Themen, die mithelfen, die Nachhaltigkeitsstrategie in die Praxis umzusetzen. Nur, die bittere Realität sieht anders aus.

Wir haben über die europäische **Zuckermarktreform** heute schon mehrmals gehört. Eine Folge dieser europäischen Zuckermarktreform ist, dass wir die Basis für die biotechnologische Produktion, also die sanfte Chemie innerhalb Europas, deutlich mit Füßen getreten haben. Sie müssen sich vorstellen, dass der Zuckermarkt sehr heterogen strukturiert ist. Der Zuckerpreis liegt bei ungefähr 180 Euro pro Tonne im Augenblick auf dem Weltmarkt, in der EU zahlt man für eine Tonne Zucker 700 Euro, selbst mit Wegfall der entsprechenden Subventionen wird das Ganze nur auf maximal 350 Euro reduziert. Damit ist Biotechnologie in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig. So klar und so einfach kann man das auf einen Nenner bringen. Die **erneuerbaren Energiesetze** – sicherlich ein wesentlicher Beitrag, um auch Anreize in die richtige Richtung zu leiten – haben auch einen eklatanten Nachteil gehabt: Der Biorohstoff „Talgfett“, der weltweit in der Chemieproduktion zur Herstellung von Waschmitteln eingesetzt wurde, ist aufgrund Schaffung falscher Anreize im Rahmen dieses Gesetzes nunmehr als Energieträger verwendet worden. Wir haben diesen nachwachsenden Rohstoff nicht mehr für unsere Chemieproduktion zur Verfügung. Das heißt also, wir müssten hier wieder auf ölhaltige Rohstoffbasis zurückschwenken.

Und der dritte Punkt: **Forschungsförderung**. Auf europäischer Ebene ist das Forschungsförderungsprogramm deutlich reduziert worden. Wenn wir Innovationen vorantreiben wollen, dann brauchen wir Innovationsförderung, auch auf europäischer Ebene. Wir können das nicht aus der hohlen Hand heraus machen. Die Themen, die ich vorhin angesprochen habe, zeigen im Prinzip, dass wir große Herausforderungen vor der Brust haben – und daran muss man arbeiten, und zwar heute. Der **Emissionshandel** ist sicherlich ein In-

strumentarium, womit man steuernd eingreifen kann. Wenn man in der zweiten Runde aber die Chemieproduktion, die schon einen deutlichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion geleistet haben, noch mal in die Zange nimmt, dann wird es unter Umständen zu Delokalisierungen führen, die beim Emissionshandel sicherlich nicht nachhaltig sind. Damit möchte ich es im Moment bewenden lassen.

Ein letztes Statement, das ich noch ganz kurz anbringen möchte: Chemistry isn't everything but everything is nothing without chemistry.

Herzlichen Dank.

## Schlusswort

### Rainer Steenblock MdB, Sprecher für Europapolitik

Das Prinzip der Nachhaltigkeit kommt aus der Forstwirtschaft und bedeutet, dass immer nur soviel Holz geschlagen wird, wie durch Wiederaufforstung nachwachsen kann. Die unabhängige Sachverständigenkommission der Vereinten Nationen definiert im „Brundtland-Bericht“ von 1987 den Begriff der nachhaltigen Entwicklung als die Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden.“ Gemeint ist eine Entwicklung, die sich an den Verbrauchs- und Produktionsmustern einer Gesellschaft orientiert und dabei gleichzeitig auf eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, den Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung ausgerichtet ist.

Mit dem Ziel, das Nachhaltigkeitsprinzip in einzelne Sektorenpolitiken zu implementieren, hat der Europäische Rat auf dem Göteborg-Gipfel 2001 die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Die Kommission bescheinigte nach der Überprüfung der Strategie gut drei Jahre später, die EU habe ihr Ziel verfehlt, ihre bisherige Politik sei „eindeutig nicht nachhaltig“.

Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie wird ihrem Ziel nicht gerecht, das Prinzip der Nachhaltigkeit als das allen Gemeinschaftspolitiken und -Maßnahmen übergeordnete Ziel und übergreifende Leitbild für die Politikfelder, Maßnahmen und Strategien der Union zu verankern. Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie konnte bisher nicht dazu beitragen, Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik so zu gestalten, dass sie sich gegenseitig stärken, wie es im EG-Vertrag formuliert ist. Im Gegenteil: Noch immer wird Nachhaltigkeit verengt auf das Politikfeld **Umweltpolitik**. Nachhaltigkeit wird häufig sogar eher als **Bremsklotz für ökonomisches Wachstum** wahrgenommen, denn als **übergeordnetes Prinzip**, das Langfristigkeit, Dauerhaftigkeit und Erneuerbarkeit sichern soll. Dass die Kommission die Wettbewerbsfähigkeit aus ihrer Bewertung der Schlüsselthemen europäischer Nachhaltigkeitspolitik ausklammert, befördert diese verengte Herangehensweise.

Die langfristige und damit nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und des europäischen Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsmodells muss zentraler Bestandteil der überarbeiteten europäischen Nachhaltigkeitsstrategie werden. Das Ziel der Strategie von Lissabon (2000), die Europäische Union zum global wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschafts- und Forschungsraum zu machen, steht diesem Anspruch nicht entgegen. Vielmehr ist eine nachhaltige Politik die Grundlage für das Ziel, langfristig globale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

Die Mitgliedsländer haben die Europäische Union inzwischen z. T. überholt und nationale Nachhaltigkeitsstrategien entworfen. Das Zurückbleiben der EU wird immer problematischer, weil z.B. die in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gegebenen Handlungsempfehlungen für die Energiepolitik Maßnahmen auf EU-Ebene erfordern. Die EU schränkt

also nicht nur die eigene Handlungsfähigkeit ein, sie blockiert auch Maßnahmen in den Mitgliedstaaten. Stattdessen sollte sie die Erfahrungen aus den Mitgliedstaaten in die überarbeitete europäische Nachhaltigkeitsstrategie einfließen lassen.

In der aktuellen Debatte um **Energiesicherheit** meldet sich das Nachhaltigkeitsprinzip so zu sagen durch die Hintertür zurück und findet sich auf der außen- und sicherheitspolitischen Agenda wieder. Es ist deutlich geworden, dass die endlichen Energiequellen nicht endlos sprudeln und dass Energieabhängigkeit als politisches Druckmittel eingesetzt wird. Man konnte darauf hoffen, dass diese Einsichten zu einer Stärkung erneuerbarer Energien und energieeffizienter Technologien führen. Die Forderung nach einem Comeback der Atomkraft stimmt jedoch skeptisch. Risikotechnologien als Ausweg aus der Energieabhängigkeit – ein schönes Beispiel für einen nicht-nachhaltigen Ansatz.

Unsere grüne Kernforderung an eine überarbeitete europäische Nachhaltigkeitsstrategie ist Nachhaltigkeit als „hartes“ Kriterium, ähnlich dem Leitbild globaler Wettbewerbsfähigkeit. Dafür fordern wir unter anderem:

#### **Mehr Forschungsausgaben!**

Langfristige Wettbewerbsfähigkeit muss zentrales Thema in der überarbeiteten europäischen Nachhaltigkeitsstrategie werden. Die Kommission sollte sich in den entsprechenden für die Jahre 2007 und 2008 angekündigten Mitteilungen dafür aussprechen, die Nachhaltigkeitsforschung in das achte Forschungsrahmenprogramm aufzunehmen.

#### **Nachhaltigkeit in den Finanzhaushalt!**

Eine wirksame europäische Nachhaltigkeitspolitik kostet Geld. Dementsprechend sollte sie sich in der mehrjährigen Finanzplanung niederschlagen und bei der ab 2009 geplanten Überprüfung der Ausgabenstruktur für die nächste **Finanzielle Vorausschau** berücksichtigt werden. Damit leisten wir auch einen Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit.

#### **Nachhaltigkeit in der Subventionspolitik!**

Umweltschädliche Politiken sollten nicht oder nur eingeschränkt gefördert werden. Stattdessen sollten Subventionen umweltpolitisch vernünftig eingesetzt und die Vergabepolitik dementsprechend geändert werden. Mit Einführung des Prinzips der **Umwelthaftung** könnten Produzenten zur Verantwortung gezogen werden. Darüber hinaus müssten **Steuernreize** für Umweltschutz geschaffen werden.

#### **Erfahrungen nutzen!**

Die Erfahrungen mit nationalen Nachhaltigkeitsstrategien der Mitgliedstaaten sollten wir nutzen und daraus Best-Practise-Modelle ableiten, um bei der Überarbeitung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie im besten Sinne nachhaltig vorzugehen.



